

Dorothee de Nève

**„Diese ewigen Diskussionen sind gelinde gesagt unerträglich!“
Erwartungen der BürgerInnen im Kontext der Bundestagswahl
(2009) in Deutschland**

Polis Nr. 70/2013

Herausgegeben von:

Prof. Dr. Lars Holtkamp, PD Dr. Dorothee de Nève,
Prof. Dr. Michael Stoiber und Prof. Dr. Annette Elisabeth Töller

Institut für Politikwissenschaft

Fakultät für Kultur- und Sozialwissenschaften

FernUniversität in Hagen

58084 Hagen

<http://www.fernuni-hagen.de/polis/>

Über die Autorin:

PD Dr., studierte in Wien und Berlin Politikwissenschaft und promovierte an der Freien Universität Berlin. Sie war als Juniorprofessorin am Institut für Politikwissenschaft der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg tätig und lehrte u.a. in Budapest, Bukarest, Marburg, Tokio und Wien. Zurzeit ist sie Vertretungsprofessorin am Institut für Politikwissenschaft der FernUniversität in Hagen im Lehrgebiet I „Staat und Regieren“. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Governance und Zivilgesellschaft, Politik und Religion und Partizipationsforschung.
Kontakt: mail@deneve.de

Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis.....	4
1. Einleitung	5
2. LeserInnenbriefe als Partizipationsinstrumente und Quellen politikwissenschaftlicher Forschung.....	6
2.1 <i>LeserInnenbriefe als Partizipationsinstrumente</i>	6
2.2 <i>Politikwissenschaftliche Forschungsinteressen</i>	9
2.3 <i>LeserInnenbriefe an die Mitteldeutsche Zeitung</i>	13
3. AutorInnen und Inhalte der Briefe	17
3.1 <i>AutorInnen</i>	17
3.2 <i>Motive und Ziele der AutorInnen</i>	18
3.3 <i>Inhalte der Briefe</i>	20
4. Briefe zur Bundestagswahl 2009	22
4.1 <i>Wahlberichterstattung</i>	23
4.2 <i>Wahlkampf</i>	25
4.3 <i>Wahlabsichten bzw. -empfehlungen und Wahlbeteiligung</i>	30
4.4 <i>Interpretationen der Wahlergebnisse</i>	34
5. Fazit	37
5. Quellenverzeichnis	40
5.1 <i>Literatur</i>	40
5.2 <i>Internet, Zeitschriften und Tageszeitungen</i>	41

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Funktionen von LeserInnenbriefen	11
Tab. 2: Alter der MZ-LeserInnen.....	14
Tab. 3: Ausbildung der MZ-LeserInnen	14
Tab. 4: Einkommen der MZ-LeserInnen	14
Tab. 5: Form der LeserInnenbriefe	16
Tab. 6: Selbstbeschreibung der AutorInnen.....	18
Tab. 7: Anlass für LeserInnenbrief.....	19
Tab. 8: Ziele der AutorInnen.....	20
Tab. 9: Art der Kritik	20
Tab. 10: Inhalte	21
Tab. 11: Kritik an der Berichterstattung	24
Tab. 12: Form der Wahlwerbung	26
Tab. 13: Religiöse Bezüge in der Wahlwerbung	28
Tab. 14: Verhalten der PolitikerInnen	29
Tab. 15: Persönliche Erklärungen zur Wahlabsicht	31
Tab. 16: Wahlempfehlungen.....	32
Tab. 17: Wahlbeteiligung und NichtwählerInnen.....	33
Tab. 18: Interpretation der Wahlergebnisse.....	35
Tab. 19: Wahlsystem.....	36

1. Einleitung¹

„Welcher Politiker weiß, was unten los ist?“ (22.09.2009). LeserbriefschreiberInnen reagieren auf die offensichtlich gewordene Beziehungskrise zwischen BürgerInnen einerseits und PolitikerInnen andererseits mit Verzweiflung, Empörung, Häme und zuweilen auch unerbittlichen Fragen und Forderungen. Während diese Briefe bei der Zeitungslektüre nicht zuletzt aufgrund ihrer Emotionalität einen gewissen Unterhaltungswert zu versprechen scheinen, genießen die SchreiberInnen selbst das zweifelhafte Image von QuerulantInnen und ewigen NörglerInnen. Für die politikwissenschaftliche Forschung lohnt es sich freilich, diese vorschnellen Zuschreibungen ad acta zu legen und die Wortmeldungen der BürgerInnen als Quellen der Einstellungs- und Partizipationsforschung zu nutzen.

In dem nachfolgenden Beitrag werden LeserInnenbriefe analysiert, die der Mitteldeutschen Zeitung zwischen August und Oktober 2009 zugesandt wurden.² Diese Analyse bietet für die Partizipationsforschung zwei interessante Perspektiven: Erstens handelt es sich beim Schreiben von LeserInnenbriefen selbst um eine Form der politischen Partizipation, die in der bisherigen politikwissenschaftlichen Forschung kaum Beachtung fand. Zweitens finden sich in den Briefen mitunter Reflexionen zu anderen Partizipationsinstrumenten, wobei im Folgenden insbesondere die Bundestagswahlen betrachtet werden. Diese Metaebene ist sowohl für die Einstellungs- als auch für die Partizipationsforschung von Interesse.

Der Beitrag erörtert zunächst die Spezifika des LeserInnenbriefes als Partizipationsinstrument sowie die Datenbasis, die der anschließenden empirischen Analyse zugrunde liegt. Im zweiten Teil folgt die Untersuchung zu den AutorInnen und den Inhalten der Briefe. Im dritten Teil des Beitrages wird eine Analyse der LeserInnenbriefe vorgenommen, die sich speziell auf die Bundestagswahl 2009 beziehen. Ziel der Analyse ist es hierbei zu untersuchen, welche Personen mit welchen Zielen und zu

¹ Mein besonderer Dank gilt der Mitteldeutschen Zeitung, die sich im Kontext dieses Forschungsprojektes zur Zusammenarbeit bereit erklärt hat. Außerdem danke ich Fabian Wawro, Christine Isenberg, Tanja Binder und Sara Göttmann, die bei der Erstellung des Datensatzes mitgewirkt haben, sowie Nils Arne Brockmann, Eva Maria Hinterhuber, Tina Olteanu und Marcel Rüttgers für wertvolle Hinweise bei der Arbeit an diesem Projekt.

² In dem vorliegenden Beitrag werden Teilergebnisse eines größeren Forschungsprojektes präsentiert, an dem die Autorin derzeit arbeitet. In diesem Kontext sind bereits zwei weitere Veröffentlichungen entstanden: de Nève/Wawro (2010) und de Nève (2013). Kapitel 1 und 2 des vorliegenden Beitrages basieren im Wesentlichen auf diesen bereits veröffentlichten eigenen Vorarbeiten, aus denen auch entsprechende Textpassagen übernommen wurden.

welchen Inhalten LeserInnenbriefe schreiben. Abschließend werden die Ergebnisse der Untersuchung verdichtet und die spezifische Qualität der LeserInnenbriefe für die politikwissenschaftliche Forschung erörtert.

2. LeserInnenbriefe als Partizipationsinstrumente und Quellen politikwissenschaftlicher Forschung

Im Folgenden geht es zunächst um LeserInnenbriefe als Partizipationsinstrumente und Quellen politikwissenschaftlicher Forschung. Im ersten Teilkapitel wird zunächst der Begriff des LeserInnenbriefes definiert, anschließend werden die partizipativen Potenziale und Funktionen des LeserInnenbriefes theoretisch erörtert. Zweitens werden die politikwissenschaftlichen Forschungsinteressen dargestellt und schließlich drittens die Daten zur Mitteldeutschen Zeitung (MZ) präsentiert, an die sich die Briefe richteten, die anschließend systematisch untersucht werden.

2.1 LeserInnenbriefe als Partizipationsinstrumente

Ein LeserInnenbrief ist eine Zuschrift von einer bzw. mehreren Person/en an eine Redaktion eines bestimmten Mediums. Dabei handelt es sich um Texte, die freiwillig und ohne materielle Gegenleistung verfasst und zur Veröffentlichung freigegeben werden.

Die AutorInnen der LeserInnenbriefe gehören im weitesten Sinne dem NutzerInnenkreis eines bestimmten Mediums wie Zeitungen und Zeitschriften, Rundfunk- oder Online-Medien an bzw. nutzen dieses bewusst als Kommunikationsplattform. Als LeserInnenbriefe gelten also nur Zuschriften an Redaktionen, die auf eine Veröffentlichung abzielen (vgl. Stromberger 1976: 388). Sie unterscheiden sich insofern von anderen Briefen, die sich persönlich an Einzelpersonen (beispielsweise AutorInnen) richten, oder von Schreiben, die der Teilnahme an Gewinnspielen dienen, bzw. von Texten, die im Kontext eines Auftrages erstellt oder vergütet wurden (vgl. Mlitz 2008: 106). In den LeserInnenbriefen nehmen die AutorInnen eigene inhaltliche und weltanschauliche Akzentuierungen zu spezifischen Themen vor, bringen persönliche Erfahrungen und Informationen in öffentliche Diskurse ein und verfolgen mit ihren Zu-

schriften das Ziel, durch Informationen, Argumente und Kritik gesellschaftspolitische Korrekturen zu bewirken und Prozesse zu beeinflussen (vgl. Stromberger 1976: 388).

Der Begriff des LeserInnenbriefes wird im Folgenden für alle Zuschriften verwendet, ganz unabhängig davon, ob es sich letztlich um veröffentlichte oder unveröffentlichte Briefe handelt. Diese offene Definition des Begriffs in dieser Untersuchung unterscheidet sich von anderen Studien, die sich lediglich auf veröffentlichte Briefe beschränken bzw. auf Zuschriften, die sich explizit auf die Inhalte der medialen Berichterstattung beziehen (vgl. Braun 1960: 335).

In LeserInnenbriefen artikulieren BürgerInnen ihre Einstellungen und gesellschaftspolitischen Präferenzen. Sie sind häufig „(...) *authentische Meinungsäußerungen* (...)“ und zeichnen sich durchaus auch durch ihre Emotionalität aus (Kirsch/Vockel 2007: 9 und 16). Die AutorInnen der Briefe überschreiten die passive Rolle des Rezipienten, indem sie Informationen reflektieren und interpretieren und daraus eigene Stellungnahmen formulieren bzw. auf öffentliche Diskurse reagieren. Bisherige empirische Untersuchungen belegen, dass LeserInnenbriefe von Personen geschrieben werden, die „(...) *offenbar überdurchschnittlich engagiert und politisch interessiert* (...)“ sind (Mlitz 2008: 358). In diesem Prozess wird zum einen das Selbstverständnis der AutorInnen offenbar, sich als Teil einer Gesellschaft und politischen Öffentlichkeit zu begreifen. Zum anderen manifestiert sich in den Briefen der Wille der BürgerInnen, gemeinsame Belange mitzugestalten und u. U. auch eigene Interessen in die öffentliche Diskussion mit einzubringen. Dieser Anspruch der AutorInnen bleibt bestehen – selbst wenn ein Brief aus irgendwelchen Gründen nicht veröffentlicht wird –, denn die Texte werden mit der expliziten Aussicht auf eine Veröffentlichung geschrieben. Auch wenn einige AutorInnen „(...) *WiederholungstäterInnen* (...)“ sind, die „(...) *dem unglücklichen Hang der Deutschen zur Schulmeisterei freien Lauf* (...)“ lassen (Die Zeit 1997), so handelt es sich bei der überwiegenden Mehrheit der AutorInnen um BürgerInnen, die politisch und sozial interessiert sind und sich kommunikativ an aktuellen gesellschaftlichen und politischen Prozessen beteiligen (vgl. Mlitz 2008: 386). Dabei verfolgen die AutorInnen zuweilen ambitionierte Ziele:

„Gute Leserbriefe können Diskussionen auslösen, in der Regel fördern sie schon laufende Diskussionen. Hat man dann viele, insbesondere Mandats- und Entscheidungsträger für sein Argument gewonnen, können sie auch zu Erfolgen führen. Ich setze mit den Leserbriefen in aller Regel auf die Ausstrahlungskraft des

zutreffenden Arguments. Ist das entscheidende Argument, der richtige Gedanke, der wichtige Aspekt, die zentrale Idee erst in den Köpfen, beeinflusst sie viele unbekannte Gespräche, entwickeln sich auch positive Projekte“ (Kirsch/Vockel 2007: 15; vgl. 17).

Diese Form der politischen Partizipation ist im engeren Sinne betrachtet nicht verfasst, d. h. es existieren keine spezifischen Rechtsnormen, die dieses Partizipationsinstrument regeln, wenngleich die Redaktionen natürlich eigene Vorgaben für die AutorInnen formulieren, die z. B. die Angaben zur Person oder den Umfang der Zuschriften betreffen. LeserInnenbriefe sind ein konventionelles, legales und sicherlich auch legitimes Partizipationsinstrument, was u.a. an der hohen Zahl der Briefe und der langen Tradition dieses Formats deutlich wird. Für den deutschen Sprachraum wird der Beginn dieser Kommunikationskultur bereits im 18. Jahrhundert verortet (vgl. Böttcher 1961: 10ff.). Vorläufer des modernen LeserInnenbriefes waren meist fiktive Zuschriften an Moralische Wochenschriften, die Funktionen des Ratgeberjournalismus erfüllten und der Unterhaltung dienten (vgl. Mlitz 2008: 250f.). Im Laufe der Zeit hat sich der Fokus der Zuschriften verändert. Sie sind sowohl Reaktionen auf die mediale Berichterstattung und Zuschriften anderer LeserInnen als auch Versuche des Agenda-Settings, mit dem Ziel, eigene Themen in den öffentlichen Diskurs mit einzubringen (vgl. Loreck 1982: 44). Unabhängig davon dienen LeserInnenbriefe auch heute noch als Rechercheansatz für Redaktionen und leisten außerdem einen Beitrag zur Meinungsvielfalt (vgl. Mlitz 2008: 347 und 383). Darüber hinaus wird deren Unabhängigkeit als eine besondere Qualität beschrieben: Das Schreiben eines LeserInnenbriefes sei „(...) *fast ein kleines Privileg* (...)“, da die AutorInnen für ihre Meinungsäußerungen mit keinen direkten oder indirekten Sanktionen zu rechnen haben (Kirsch/Vockel 2007: 11). Die Bedeutung der LeserInnenbriefe wird außerdem darin erkennbar, dass die Herausgeber von Zeitungen und Zeitschriften erhebliche Ressourcen investieren, um einen adäquaten Umgang mit den LeserInnenbriefen zu gewährleisten und die Beiträge letztlich auch in geeigneter Form in den Arbeitsprozess der Redaktionen einzubringen, an Dritte weiterzuleiten bzw. zu veröffentlichen (vgl. Heupel 2007: 97ff.; Mlitz 2008: 313ff.).

“The space which magazines devote to correspondence they receive, and the importance that newspapers lend to their ‘letters to the editor’ by placing them next to the editorial page seem to legitimize this form of public communication as an

integral part of democratic process” (Turow 1977: 534, zitiert nach Heupel 2007: 21).

Im Allgemeinen konzentriert sich die LeserInnenbriefforschung auf die AutorInnen und deren Motive, diese Texte zu verfassen, sowie auf den Umgang mit den Briefen in den Redaktionen aus einer kommunikationswissenschaftlichen Perspektive. Dabei werden insbesondere die Selektions- und Bearbeitungsprozesse nachgezeichnet (vgl. Heupel 2007: 97ff.; Mlitz 2008: 331ff.; Stockinger-Ehrnstorfer 1980: 48ff.). Die Spezifik der hier vorliegenden Analyse besteht also einerseits darin, aus der Perspektive der politikwissenschaftlichen Partizipationsforschung LeserInnenbriefe als eine Form der politischen Teilhabe zu interpretieren. Andererseits werden in dieser Studie veröffentlichte und nicht veröffentlichte Zuschriften analysiert, während sich bisherige Untersuchungen meist auf veröffentlichte Briefe beschränken mussten.

2.2 Politikwissenschaftliche Forschungsinteressen

Die Partizipations- und Einstellungsforschung, insbesondere natürlich die Wahlforschung, basieren heute wesentlich auf Individualdaten, die überwiegend mittels standardisierter Umfragen erhoben werden. Die Erhebung und damit auch die Analyse dieser Daten stößt jedoch – wie alle anderen empirische Methoden – an ihre Grenzen. Dies gilt beispielsweise für die Untersuchung von NichtwählerInnen, da die Wahlstudien aufgrund des *overreportings* und des Antwortverhaltens der NichtwählerInnen relevante Verzerrungen aufweisen, die auch durch geschickte Gewichtungen nicht beseitigt werden können (de Nève 2009: 26ff.; Steinbrecher/Huber/Rattinger 2007: 42f.). Hinzu kommt, dass die geschlossenen Fragen der Wahlstudien hinsichtlich der politischen Präferenzen der BürgerInnen sowie ihrer Partizipationsbereitschaft nur ein begrenztes Antwortspektrum bereithalten. Insofern gilt es, ergänzend zu der etablierten Forschung, andere Quellen zu erschließen, um weiterführende Erkenntnisse zu den politischen Einstellungen und Forderungen der BürgerInnen sowie ihrem Partizipationsverhalten zu gewinnen. Eine Möglichkeit hierzu bietet die Analyse von LeserInnenbriefen.

Die LeserInnenbriefe stellen eine für die politikwissenschaftliche Forschung interessante Partizipationsform dar, deren Potenziale es politikwissenschaftlich – auch als Quelle für die Einstellungsforschung – neu zu entdecken gilt. Außerdem handelt es sich um eine Form der Metapartizipation, die andere Formen der Teilhabe – bei-

spielsweise Wahlen und Abstimmungen, jedoch auch zivilgesellschaftliche Partizipation und unterschiedliche Formen des Protests – vorbereitet und ergänzt. In LeserInnenbriefen werden politische Prozesse aus der individuellen Perspektive der BürgerInnen beobachtet und reflektiert, was im Idealfall die Responsivität des politischen Systems und die Nachhaltigkeit politischer Entscheidungsprozesse erhöht. Dies gilt nicht zuletzt auch, weil es sich um eine Form der politischen Teilhabe und Meinungsäußerung handelt, die unabhängig von Wahlzyklen stattfindet.

Die gesellschaftliche Reputation von LeserInnenbriefen ist allerdings ebenso gering wie das wissenschaftliche Interesse an diesen Dokumenten. *„Die Leserbriefe lassen wir bei der Analyse weg. Da gibt’s kaum Literatur, vor allem nichts Aktuelles“* (Hohlfeld, zitiert nach Mlitz 2008: 5). Zu den wenigen politikwissenschaftlichen Studien, die dazu vorliegen, gehört etwa die Analyse von Briefen, die BürgerInnen in der DDR geschrieben haben. Interessant ist in diesem Kontext Ellen Bos’ Befund, dass der LeserInnenbrief in Ostdeutschland nicht erst in der Zeit der Wende im Herbst 1989 zum Mittel der öffentlichen Diskussion wurde, sondern sich bereits vorher großer Beliebtheit erfreute (Bos 1993: 3 und 230). Tatsächlich dienten diese Briefe nicht ausschließlich der Legitimierung der SED-Politik. Vielmehr bot gerade die

„Leserbriefdiskussion auf den Lokalseiten der Zeitungen (...) den Bürgern (...) die Gelegenheit, anstehende Entscheidungen der örtlichen Staatsorgane zu beeinflussen“ (Bos 1993: 231).

Im politischen Prozess sind LeserInnenbriefe einerseits ein Instrument des öffentlichen Diskurses, das den BürgerInnen die Chance eröffnet, an aktuellen Prozessen teilzuhaben sowie Präferenzen und eigene Überzeugungen für bestimmte Positionen und Einstellungen zu artikulieren. Im Gegensatz zu anderen Formen der Interessensartikulation ist diese Form der Teilhabe direkt und individuell sowie vergleichsweise kostengünstig und zugleich öffentlichkeitswirksam, da bei einer Veröffentlichung potenziell eine hohe Zahl von AdressatInnen erreicht werden kann. Der Kreis wird ggfs. zusätzlich erweitert, wenn LeserInnenbriefe ergänzend auch in anderen Medien – z. B. Büchern oder Blogs – veröffentlicht werden (vgl. Kirsch/Vockel 2007). Die Effektivität eines singulären Inputs lässt sich weder empirisch nachweisen noch objektiv messen, denn die LeserInnenbriefe sind lediglich Teil eines größeren diskursiven Prozesses. Dennoch legen Studien zum LeserInnenverhalten nahe, dass diese Rubrik intensiv gelesen wird und gelegentlich sogar Medien insbesondere wegen der

abgedruckten Zuschriften gekauft werden (vgl. Heupel 2007: 75ff.). Dies belegen auch (indirekte) Reaktionen von RedakteurInnen auf einzelne Zuschriften bzw. LeserInnenbriefe, die auf andere LeserInnenbriefe inhaltlich Bezug nehmen, bis hin zu sogenannten LeserInnenbriefschlachten (vgl. Mlitz 2008: 384). Andererseits sind LeserInnenbriefe auch ein Instrument des Agenda-Settings, indem die AutorInnen eigene Themen und Ideen öffentlich zu kommunizieren suchen. Interessant sind in diesem Kontext nicht nur neue Themensetzungen, die möglicherweise in der medialen Öffentlichkeit ansonsten wenig Beachtung finden, sondern auch neue Interpretationsangebote, wenn beispielsweise bestimmte Sachverhalte in einen individuellen, neuen thematischen Zusammenhang gestellt werden (vgl. de Nève/Wawro 2010: 337).

In der Funktionslogik demokratischer Systeme haben LeserInnenbriefe das Potenzial, vielfältige Aufgaben zu erfüllen (vgl. Tab. 1), wobei zwischen Funktionen für AutorInnen und LeserInnen einerseits und Funktionen für Redaktionen andererseits zu unterscheiden ist (Mlitz 2008: 76ff.).

Tab. 1: Funktionen von LeserInnenbriefen

Funktionen für die Redaktion	Funktionen für AutorInnen und LeserInnen
Lückenfüller	Agenda-Setting
Stärkung der Blattlinie	Artikulation von Interessen
Rekrutierungsfunktion	Meinungsbildung
Feedbackfunktion	Integrationsfunktion
Marketingfunktion	Problemlösung
	Kontrolle
	Unterhaltung

Quelle: Vgl. Mlitz 2008: 76ff., eigene Ergänzungen.

In den Redaktionen dienen LeserInnenbriefe gelegentlich als Lückenfüller, z. B. im Lokalteil einer Zeitung, und als strategisches Instrument zur Stärkung der Blattlinie, indem mit Hilfe der Argumente von LeserInnen die eigenen Meinungen verstärkt werden (vgl. Mlitz 2008: 81). Eine relevante Rolle für die Redaktionen spielt die Feedbackfunktion: Die Zahl der Rückmeldungen seitens der LeserInnen gilt als Indiz für das (Des-)Interesse an einer bestimmten Thematik bzw. für die Ablehnung/Zustimmung für die Form der Berichterstattung. Kaum eine Rolle spielt gegenwärtig allerdings die Rekrutierungsfunktion, denn die Wahrscheinlichkeit, dass LeserbriefautorInnen zu freien MitarbeiterInnen eines Mediums werden, ist äußerst gering. Dennoch sind die Informationen aus LeserInnenbriefen gelegentlich Auslöser für Recherchen und Berichterstattung. Jenseits dieser „Nebeneffekte“ spielen

LeserInnenbriefe hingegen heute eine wichtige Rolle beim Marketing und der LeserInnen-Blatt-Bindung (Mlitz 2008: 83).

Aus politikwissenschaftlicher Perspektive sind jedoch vielmehr jene Funktionen von Interesse, welche die LeserInnenbriefe für die AutorInnen selbst erfüllen. In LeserInnenbriefen werden durch BürgerInnen gesellschaftspolitische und aktuelle Themen in den öffentlichen Diskurs mit eingebracht, die möglicherweise im politischen Mainstream und der medialen Berichterstattung keine entsprechende Beachtung finden. Insofern erfüllen LeserInnenbriefe, insbesondere wenn diese nicht ausschließlich auf bereits veröffentlichte Berichte kommentierend reagieren, eine Agenda-Setting-Funktion. Durch LeserInnenbriefe artikulieren BürgerInnen ihre Einstellungen und politischen Präferenzen und leisten somit auch einen Beitrag – falls die Zuschriften veröffentlicht werden – zu Meinungsbildungsprozessen. Insofern werden sie auch als „(...) *Kaleidoskop der Meinungen* (...)“ bezeichnet (Stegemann 2001: 50). Im Kontext der oben genannten Agenda-Setting-Funktion und der Möglichkeit, dass BürgerInnen in ihren Zuschriften individuelle Einstellungen und Präferenzen artikulieren, erfüllen diese auch eine Integrationsfunktion, und zwar sowohl auf inhaltlicher als auch auf sozialer Ebene. Mlitz weist darauf hin, dass LeserInnenbriefe mit dazu beitragen, das soziale Zugehörigkeitsgefühl zu stärken (vgl. Mlitz 2008: 79). Darüber hinaus erfüllen LeserInnenbriefe auch eine Funktion im öffentlichen Ideenwettbewerb um Problemlösungsstrategien. Die Inputs der LeserInnen beziehen sich dabei sowohl auf das Agenda-Setting als auch auf die Artikulation von Präferenzen sowie auf die Kontextualisierungen, welche die LeserInnen in ihren Briefen konstruieren (vgl. de Nève/Wawro 2010: 337). Die Kontrollfunktion spielt ebenfalls in mehrfacher Hinsicht eine Rolle: Einerseits geht es um eine Kontrolle der Medien und deren Berichterstattung. Andererseits bringen die Zuschriften der BürgerInnen an die Redaktionen zum Ausdruck, dass politische Eliten, Prozesse und Entscheidungen aufmerksam wahrgenommen werden, und erfüllen somit eine für die Funktionslogik demokratischer Systeme wichtige Kontroll- und Kritikfunktion. Dies gilt übrigens auch für die Evaluierung des policy output bzw. outcome, indem die Ergebnisse und Effekte politischer Entscheidungen kritisch kommentiert werden und somit ein Beitrag zur Nachhaltigkeit und Responsivität der Politik geleistet wird. Last but not least erfüllt die Rubrik der LeserInnenbriefe auch für die AutorInnen selbst eine Unterhaltungsfunktion – u. a. weil sie die Gelegenheit bieten, Tacheles zu reden und Dampf abzulassen (Eilert 1989: 74, zitiert nach Mlitz 2008: 79).

Die hier genannten Funktionen von LeserInnenbriefen machen diese Dokumente folglich auch für die politikwissenschaftliche Partizipationsforschung interessant: Erstens ist das partizipatorische Potenzial der Zuschriften groß. Der LeserInnenbrief ist ein unaufwändiges und vergleichsweise kostengünstiges Partizipationsinstrument. Es bietet die Chance, grundsätzlich jedes Thema zu jedem Zeitpunkt und an jedem beliebigen Ort aufzugreifen. Diese Form der Artikulation politischer Präferenzen ist spontan, kurzfristig und individuell. Die BürgerInnen, die LeserInnenbriefe schreiben, müssen ihre Beiträge weder langfristig planen noch sich institutionalisierten sozialen Netzwerken oder Institutionen verpflichten. Insofern ist der LeserInnenbrief als Partizipationsinstrument einerseits traditionell und konventionell, entspricht andererseits aufgrund seiner Unverbindlichkeit, Individualisierung und Kurzfristigkeit auch dem Zeitgeist. Zweitens sind LeserInnenbriefe als Quelle für politikwissenschaftliche Analysen insbesondere wegen ihrer thematischen Offenheit wertvoll. Zweifellos wird der öffentliche politische Diskurs durch die mediale Berichterstattung geprägt. Die Themen, auf die LeserbriefschreiberInnen sich dann allerdings beziehen, sind frei bestimmt. Dies gilt insbesondere, weil sich die Briefe nicht nur auf bereits erschienene Pressemeldungen beziehen. Drittens können, der Intention der AutorInnen folgend, verschiedene Sachverhalte in einen individuellen, möglicherweise neuen Zusammenhang gestellt werden.

2.3 LeserInnenbriefe an die Mitteldeutsche Zeitung

Die nachfolgende Analyse beruht auf LeserInnenbriefen, die an die Redaktion der Mitteldeutschen Zeitung (MZ) in Halle (Saale) gesandt wurden. Mit mehreren Regionalausgaben, rund 209.885 AbonnentInnen und einer Gesamtauflage von 238.269 Exemplaren ist die MZ die wichtigste Tageszeitung der Region (IVW 2009). Insofern zählt die im Verlag M. DuMont Schauberg erscheinende Zeitung auch zu den auflagenstärksten Regionalzeitungen Deutschlands und gilt im südlichen Sachsen-Anhalt als Monopolist, da in diesem Verbreitungsgebiet keine andere regionale Tageszeitung erscheint.

Die MZ-Mediadaten veranschaulichen deutlich die große Reichweite dieser Tageszeitung einerseits und die repräsentative Sozialstruktur ihrer LeserInnenschaft andererseits: Insgesamt erreicht die MZ eine durchschnittliche Reichweite von 56 %. Die Anteile der Leser (48 %) und Leserinnen (52 %) sind durchaus ausgewogen. In Bezug auf die Altersgruppen zeigt sich indes, dass der Anteil der jüngeren LeserIn-

nen relativ gering ist (Tab. 2). Dennoch erreicht die MZ auch in diesen Alterskohorten eine Reichweite von rund 30 %. Insgesamt sind 64% der MZ-LeserInnen 50 Jahre alt und älter. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung in diesen Alterskohorten werden von der MZ erreicht. Das Ausbildungsprofil der MZ-LeserInnen zeigt (vgl. Tab. 5.3), dass der überwiegende Anteil der LeserInnen über einen Schulabschluss verfügt: 30 % der LeserInnen haben einen Hauptschul- bzw. Volksschulabschluss, 41 % haben eine weiterführende Schule besucht. Der Anteil der LeserInnen mit Studienabschluss liegt bei 21 %. In dieser Bildungsgruppe erreicht die MZ eine außerordentlich hohe Reichweite von 70,2 % (Tab. 2).

Tab. 2: Alter der MZ-LeserInnen

Alter	Reichweite		Zusammensetzung	
	in %	in Tsd.	In %	
14–19 Jahre	30,1	17	3	
20–29 Jahre	29,8	50	7	
30–39 Jahre	44,6	63	9	
40–49 Jahre	51,8	116	17	
50–59 Jahre	65,0	138	20	
60–69 Jahre	70,4	126	19	
70 Jahre und älter	73,2	166	25	

Quelle: MZ Mediadaten 2011.

Tab. 3: Ausbildung der MZ-LeserInnen

Ausbildung	Reichweite		Zusammensetzung	
	in %	in Tsd.	In %	
SchülerInnen allgemeinbildender Schulen	22,9	8	1	
Hauptschule/Volksschule ohne Lehre	35,4	17	3	
Hauptschule/Volksschule mit Lehre	69,4	203	30	
Weiterführende Schule ohne Abitur, mittlere Reife	50,8	276	41	
Fach-/Hochschulreife ohne Studium	36,7	33	5	
Fach-/Hochschulreife mit Studium	70,2	139	21	

Quelle: MZ Mediadaten 2011.

Tab. 4: Einkommen der MZ-LeserInnen

Einkommen	Reichweite		Zusammensetzung	
	in %	in Tsd.	In %	
bis unter 1.250 €	45,2	113	17	
1.250 € bis unter 1.750 €	62,1	139	21	
1.750 € bis unter 2.250 €	60,2	183	27	
2.250 € und mehr	56,2	240	36	

Quelle: MZ Mediadaten 2011.

Die MZ-LeserInnen lassen sich in Bezug auf ihre Berufstätigkeit im Wesentlichen in zwei Gruppen einteilen: Mehr als die Hälfte der LeserInnen (51 %) sind berufstätig. 41 % der LeserInnen sind PensionärInnen bzw. RentnerInnen (Tab. 2). Die Anteile anderer Statusgruppen wie SchülerInnen, Lehrlinge und Studenten (4 %) und nicht Berufstätige (3 %) sind hingegen gering. Vor diesem Hintergrund ist es denn auch nicht erstaunlich, dass das Haushaltseinkommen der MZ-LeserInnen vergleichsweise hoch ist (Tab.4). 36 % verfügen über ein Haushaltseinkommen von mehr als 2.250 € monatlich. Bei 27 % der MZ-LeserInnen liegt das Haushaltseinkommen zwischen 1.750 € und 2.250 €. Dies bedeutet, dass also der überwiegende Anteil der MZ-LeserInnen über ein überdurchschnittliches Einkommen verfügt.

Die empirische Basis der nachfolgenden Analyse sind 519 LeserInnenbriefe, die der Mitteldeutschen Zeitung in der Zeit vom 1. August bis zum 31. Oktober 2009 zugesandt wurden. Die Zahl der Briefe entspricht somit dem durchschnittlichen Aufkommen von jeweils ca. 200 bis 300 Briefen monatlich, die aus dem gesamten Verbreitungsgebiet im Haupthaus der Redaktion in Halle eintreffen. Zu dem Datensatz gehören veröffentlichte und unveröffentlichte LeserInnenbriefe, die in ihrer ursprünglichen, unbearbeiteten Version nach einem eigenen Analyseraster codiert und ausgewertet wurden.

Von den insgesamt 519 untersuchten LeserInnenbriefen wurden übrigens 200 Zuschriften redaktionell bearbeitet und letztlich in korrigierter und meist gekürzter Form veröffentlicht. Bei der nachfolgenden Analyse wird freilich nicht zwischen veröffentlichten und nicht veröffentlichten Briefen differenziert. Denn es geht hier weder um die Frage, wie und anhand welcher Kriterien RedaktionsmitarbeiterInnen über eine Veröffentlichung entscheiden und die Zuschriften redaktionell überarbeiten (vgl. hierzu Mlitz 2008: 286ff.), noch um die Frage, inwiefern und wie effektiv diese LeserInnenbriefe in öffentliche politische Diskurse eingehen. Entscheidend sind an dieser Stelle lediglich die Bereitschaft der BürgerInnen zur Teilhabe sowie die Inhalte, die mittels dieser LeserInnenbriefe thematisiert werden.

Tab. 5: Form der LeserInnenbriefe

Technik	Versand	Anzahl	Prozent
handschriftlich	Brief	102	19,7
	Postkarte	16	3,1
	Fax	5	1
Schreibmaschine oder PC	Brief	95	18,3
	Fax	14	2,7
elektronisch	E-Mail	284	54,7
andere Form		3	0,5

Quelle: MZ LeserInnenbriefe August, Oktober 2009, eigene Berechnungen. Angaben in Prozent der untersuchten Briefe (N = 519).

Die technische Form der LeserInnenbriefe ist äußerst heterogen. Ein Teil der Briefe wird auf Computern oder Schreibmaschinen geschrieben und per Post oder Fax versandt (Tab. 5). Andere werden der Redaktion in elektronischer Form übermittelt, entweder als E-Mail oder aber es wird eine eigens hierfür installierte Eingabemaske auf der Website der Redaktion verwendet. Im vorliegenden Fall wurden 54,7 % der Zuschriften elektronisch an die Mitteldeutsche Zeitung übermittelt. Insofern spielt die Zustellung per Fax inzwischen lediglich eine nachgeordnete Rolle. Vergleichsweise hoch ist allerdings weiterhin der Anteil handgeschriebener Briefe (19,7 %). Ein knappes Fünftel der Briefe (18,3 %) wird auf einem PC oder einer Schreibmaschine geschrieben und gleicht im äußeren Erscheinungsbild einem konventionellen Geschäftsbrief.

Der Umfang der LeserInnenzuschriften ist ebenfalls sehr unterschiedlich. Ein knappes Drittel der untersuchten Briefe (31,2 %) ist vergleichsweise kurz, d. h. der Text umfasst weniger als 100 Worte. Die meisten Briefe zählen weniger als 1.000 Worte. Nur in Ausnahmefällen werden sehr lange Texte verfasst, 1,0 % der untersuchten Briefe haben einen Umfang von 1.000 Worten überschritten (MZ LeserInnenbriefe August, Oktober 2009).

Die existierende Vielfalt der Briefe in Bezug auf ihre Form und ihren Umfang verdeutlicht die individuellen Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb dieser Partizipationsform, weshalb sie für sehr unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und Inhalte attraktiv erscheint und somit insbesondere die Integrationsfunktion fördert.

3. AutorInnen und Inhalte der Briefe

Im Folgenden werden erstens die verfügbaren sozialstrukturellen Daten der AutorInnen und zweitens die Motive, die ihnen Anlass zum Schreiben der Briefe bieten, erörtert. Anschließend wird drittens die inhaltliche Schwerpunktsetzung dargestellt.

3.1 AutorInnen

Der Anteil der Männer, die als Verfasser firmieren, ist erheblich höher als jener der Frauen. Von den 519 hier untersuchten Briefen wurden 424 Briefe (81,9 %) von Männern und 67 Briefe (12,9 %) von Frauen verfasst. Bei 27 Zusendungen war das Geschlecht – meist aufgrund abgekürzter Namensangaben – unklar (MZ LeserInnenbriefe Aug. bis Okt. 2009). Dieses Ungleichgewicht der Geschlechter ist insofern erstaunlich, als die Anteile der beiden Geschlechter bei den LeserInnen der MZ nahezu ausgeglichen sind.³ Gleichzeitig bestätigen sich hier die Befunde früherer Untersuchungen, die ebenfalls einen deutlich höheren Anteil der Männer feststellten (Heupel 2007: 141ff.; de Nève 2013: 115; de Nève/Wawro 2010: 335; Mlitz 2008: 355f.).

Aus den Briefen lassen sich nicht nur die Angaben zum Geschlecht der AutorInnen eruieren, denn oft machen diese zusätzliche Angaben zu ihrer Person, um direkt oder indirekt zu begründen, warum sie sich zu einem bestimmten Sachverhalt äußern. In 11,6 % der Briefe legen die AutorInnen dar, dass sie selbst von der Problematik in irgendeiner Weise betroffen sind, über die sie ihren LeserInnenbrief schreiben (Tab. 6). Bei einem ebenfalls relativ großen Anteil der Briefe (9,8 %) machen die AutorInnen ihre spezifische Expertise geltend. Sie sind überzeugt, dass sie aufgrund ihrer persönlichen Lebenserfahrung oder anderer spezifischer Kenntnisse geeignete ExpertInnen sind, um sich zu einem konkreten Sachverhalt kompetent zu äußern. Dies gilt in ähnlicher Weise auch für weitere 6 % der Briefe, in denen die AutorInnen ihren Beruf nennen bzw. auf ihre Berufserfahrung verweisen. Eine andere Rolle nehmen AutorInnen ein, wenn sie sich als BeobachterIn aktueller Entwicklungen oder Ereignisse beschreiben (8,3 %). Diese hier genannten Rollen der Betroffenheit, des Expertentums, des Berufs und der Beobachtung machen deutlich, dass die AutorInnen sich selbst in einer aktiven Rolle wahrnehmen, die es ihnen ermöglicht oder es gar als Pflicht erscheinen lässt, sich aktiv einzubringen. Mit expliziten Verweisen auf ihre Rolle versuchen sie außerdem, ihrer Argumentation zusätzliche

³ Siehe S. 13.

Glaubwürdigkeit und Relevanz zu verleihen. Es handelt sich also um eine Form der partizipativen Selbstermächtigung, welche die AutorInnen für sich selbst, den Empfänger und die Öffentlichkeit mit ihren spezifischen Kompetenzen und persönlich verfügbaren Informationen begründen. Davon grenzt sich eine vergleichsweise kleine Zahl von AutorInnen ab, die sich als FürsprecherInnen begreifen oder mittels eines LeserInnenbriefes Rat suchen.

Tab. 6: Selbstbeschreibung der AutorInnen

Selbstbezeichnung	Anzahl	Prozent
BetroffeneR	60	11,6
ExpertIn	51	9,8
BeobachterIn	43	8,3
Beruf	31	6,0
FürsprecherIn	15	2,9
RatsuchendeR	5	1,0

Quelle: MZ LeserInnenbriefe August bis Oktober 2009, eigene Berechnungen. Mehrfachnennungen möglich. Angaben in Prozent der untersuchten Briefe (N = 519).

3.2 Motive und Ziele der AutorInnen

Jenseits der Selbstbeschreibungen der Personen, die LeserInnenbriefe schreiben, sind auch deren Motive von Interessen. In den Briefen werden explizit und implizit Anlässe genannt, die die AutorInnen motivieren, tatsächlich aktiv zu werden.

Die Ergebnisse der Analyse lassen an dieser Stelle vor allem drei interessante Momente erkennen: Erstens bietet die mediale Berichterstattung selbst weiterhin Anlass zum Schreiben eines LeserInnenbriefes (Tab. 7). Damit folgen die Briefe also immer noch einer langen Tradition der Kommunikation zwischen Redaktion und RezipientInnen. Von zentraler Bedeutung sind insofern aus naheliegenden Gründen spezifische Beiträge, die in der Mitteldeutschen Zeitung (MZ) veröffentlicht wurden (55,1 %) bzw. die Berichterstattung dieses Mediums im Allgemeinen (24,5 %). Jenseits dieser medienbezogene Motive spielen jedoch zweitens aktuelle Anlässe eine wichtige Rolle. D. h. BürgerInnen beobachten gesellschaftspolitische Entwicklungen und Entscheidungen und fühlen sich dadurch in irgendeiner Weise positiv oder negativ motiviert, sich in die öffentliche Debatte mit einzubringen. Dieser Befund ist für die politikwissenschaftliche Partizipationsforschung natürlich genauso interessant wie das dritte wichtige Ergebnis, dass nämlich der Anteil derer, die aufgrund persönlicher Betroffenheit einen LeserInnenbrief schreiben, relativ hoch ist (11,9 %). BürgerInnen

nutzen also auch LeserInnenbriefe, um als Betroffene spezifischer Entwicklungen ihre eigenen Standpunkte und genuine Interessen zu artikulieren.

Tab. 7: Anlass für LeserInnenbrief

Anlass	Anzahl	Prozent
Verhalten Medien allgemein	10	1,9
Verhalten konkrete Zeitung	28	5,4
Verhalten Redaktion allgemein	9	1,7
Verhalten konkreter Redakteur	19	3,7
Berichterstattung Medien allgemein	30	5,8
Berichterstattung konkrete Zeitung	127	24,5
Beitrag Medien allgemein	27	5,4
Beitrag konkrete Zeitung	286	55,1
anderer LeserInnenbrief	12	2,3
eigener LeserInnenbrief	8	1,5
aktueller Anlass	242	46,6
persönliche Betroffenheit	62	11,9

Quelle: MZ LeserInnenbriefe August bis Oktober 2009, eigene Berechnungen. Mehrfachnennungen möglich. Angaben in Prozent der untersuchten Briefe (N = 519).

Das wichtigste Ziel, das viele AutorInnen mit ihren Briefen verfolgen, ist, Kritik zu üben (Tab. 8). Dabei handelt es sich um Kritik an Sachen und Personen, an Entscheidungen und Entwicklungen, an Ist-Zuständen und Zielen. Interessant ist freilich, dass diese Kritik nur selten unsachlich und destruktiv formuliert wird (Tab. 9). Meist begründen die KritikerInnen ihre Einwände (63 %) bzw. nutzen die Gelegenheit, in ihren LeserInnenbriefen auch konkrete Verbesserungsvorschläge zu machen (39,2 %).

Ein weiteres relevantes Ziel, das mit diesen Zuschriften an die Redaktionen verfolgt wird, ist der Kommentar (Tab. 8). In rund zwei Drittel der Briefe geben die AutorInnen an, dass sie mittels des LeserInnenbriefes Kommentare abgeben wollen. Nicht selten wird außerdem das Ziel verfolgt, bestimmte Sachverhalte richtigzustellen und Widerspruch einzulegen (22,2 %). Im Sinne des Agenda-Settings sind darüber hinaus Ziele von Interesse, die damit verbunden sind, Aufforderungen bzw. Aufrufe zu publizieren (15,8 %) oder aber mit einem LeserInnenbrief selbst Bericht zu erstatten (14,5 %). Gelegentlich wird das Instrument des LeserInnenbriefes auch genutzt, um öffentlich Fragen zu stellen (5,8 %).

Tab. 8: Ziele der AutorInnen

Ziel	Anzahl	Prozent
Kritik üben	379	73
Kommentar abgeben	347	66,9
etwas richtigstellen/Widerspruch einlegen	115	22,2
Aufforderung/Aufruf	82	15,8
Bericht	75	14,5
Lob	37	7,1
Richtigstellung verlangen	32	6,2
Frage stellen	30	5,8
Bekanntmachung	30	5,8
Informationen verlangen	25	4,8
Rezension	24	4,6
Eigeninitiative ankündigen	11	2,1
Kontaktsuche	9	1,7
Hilfegesuch/Weitervermittlung	8	1,5
offener Brief	4	0,8

Quelle: MZ LeserInnenbriefe August bis Oktober 2009, eigene Berechnungen. Mehrfachnennungen möglich. Angaben in Prozent der untersuchten Briefe (N = 519).

Tab. 9: Art der Kritik

Art der Kritik	Anzahl	Prozent
Kritik mit Begründung	327	63
Kritik ohne Begründung	48	9,2
Kritik mit Verbesserungsvorschlägen	206	39,7
Kritik ohne Verbesserungsvorschläge	147	28,3
unsachliche Kritik	61	11,8

Quelle: MZ LeserInnenbriefe August bis Oktober 2009, eigene Berechnungen. Mehrfachnennungen möglich. Angaben in Prozent der untersuchten Briefe (N = 519).

3.3 Inhalte der Briefe

Mit Blick auf die gesamte Bandbreite möglicher Themen, die in den LeserInnenbriefen angesprochen werden, lassen die 519 Briefe, die hier untersucht wurden, eine klare Schwerpunktsetzung erkennen: In 42,6 % der Briefe arbeiten sich die AutorInnen an der politischen Elite ab. Dabei bedienen sich die AutorInnen unterschiedlicher Argumentationsstrategien, indem sie PolitikerInnen beim Wort nehmen, sie zu einer Stellungnahme auffordern, rhetorische Fragen stellen, sachbezogene Empfehlungen aussprechen oder PolitikerInnen auffordern, die naheliegenden Konsequenzen zu ziehen. Gelegentlich werden in LeserInnenbriefen auch in Bezug auf PolitikerInnen Prophezeiungen oder Drohungen ausgesprochen (vgl. de Nève/Wawro 2010: 340ff.).

Tab. 10: Inhalte

Themenschwerpunkte	Anzahl	Prozent
PolitikerInnen	221	42,6
Wahlen/Abstimmung	109	21,0
Wirtschaftssystem/Markt/Preise	87	16,8
Regierung national	79	15,2
Soziales/Rente	69	13,3
Gesellschaft	66	12,5
Medien	61	11,8
Armut/Not	60	11,6
Geschichte	53	10,2
Beziehung zw. BRD und Ausland	49	9,4
Rechtsstaat/Gerichte	48	9,3
Verteidigung/Sicherheit/Bundeswehr	44	8,5
Regierung regional	41	7,9
Moral/Werte/Sitten	39	7,5
Haushaltspolitik/Staatshaushalt	38	7,3
Bildung/Erziehung	37	7,1
Gesundheit	33	6,4
Verkehr	26	5,0
Polizei	23	4,4
Parlament national	22	4,2
Umwelt	22	4,2
Kunst	21	4,0
Gemeinde	20	3,9
Verwaltung	17	3,3
Sport	16	3,1
Beziehung zw. Ausland und Ausland	15	2,9
Landwirtschaft	15	2,9
Korruption	13	2,5
Extremismus/Terror	12	2,3
Religion/Kirche	12	2,3
Verbraucherschutz	12	2,3
Rechte/Menschenrechte	11	2,1
Wissenschaft	11	2,1
Familie	10	1,9
Nation/Heimat/Volkstum	10	1,9
Parlament regional	10	1,9
Tierschutz	10	1,9
Zuwanderung/Asyl	10	1,9
Minderheiten	8	1,5
Europa/EU	6	1,2
Privatsphäre	2	0,4

Quelle: MZ LeserInnenbriefe August bis Oktober 2009, eigene Berechnungen. Mehrfachnennungen möglich. Angaben in Prozent der untersuchten Briefe (N = 519).

Der zweite inhaltliche Schwerpunkt – in dem hier gewählten Untersuchungszeitraum vor und nach der Bundestagswahl 2009 naheliegend – bilden die Wahlen. Im folgenden Kapitel werden diese Briefe inhaltlich näher untersucht und mit entsprechenden Textbeispielen illustriert.

Inwiefern diese inhaltlichen Themensetzungen der AutorInnen darüber hinaus zeitlichen Konjunkturen folgen und regionale Spezifika aufweisen, wird künftig noch zu untersuchen sein. Die starke Bezugnahme auf die mediale Berichterstattung (Tab. 7) lässt diesen Zusammenhang zwar plausibel erscheinen, dennoch ist die einseitige Schwerpunktsetzung weiter erklärungsbedürftig. Dies gilt beispielsweise für Themen wie Europa bzw. die Europäische Union oder Religion, die kaum Erwähnung finden, obwohl ihnen gemeinhin eine große gesellschaftspolitische Relevanz zugeschrieben werden. Gleichzeitig erscheint es bemerkenswert, dass die nationale Regierung in den LeserInnenbriefen häufiger thematisiert wird als die regionale und das nationale Parlament häufiger als der Landtag in der Region. Es scheint also nicht unbedingt so zu sein, dass sich die AutorInnen in ihren Briefen in erster Linie mit ihrer unmittelbaren Lebenswelt befassen, sondern sich bevorzugt mit nationalen Politiken, größeren wirtschaftspolitischen Zusammenhängen und deutscher Außenpolitik beschäftigen.

4. Briefe zur Bundestagswahl 2009

Das Thema der Wahl spielt in den hier untersuchten Briefen eine zentrale Rolle. In den 109 von 519 Briefen, die zwischen August und Oktober 2009 zum Thema Wahlen an die Mitteldeutsche Zeitung (MZ) gesandt wurden, vermischen sich Bezüge auf die Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt, die Landtagswahlen – etwa in Thüringen und im Saarland – mit jenen auf die Bundestagswahlen. In der nachfolgenden Analyse werden allerdings nur inhaltliche Passagen berücksichtigt, die sich aus dem Argumentationskontext der Briefe eindeutig auf die Bundestagswahlen beziehen, die am 27. September 2009 stattfanden. Die nachfolgende qualitative Analyse konzentriert sich auf die Inhalte dieser Bezüge. Zentrale Schwerpunkte dieser Analyse sind die (i) Wahlberichterstattung und der (ii) Wahlkampf, wobei es hier sowohl um die Form und Inhalte der Wahlwerbung, als auch um das Verhalten der PolitikerInnen im Wahlkampf geht. Weitere Analysedimensionen sind die (iii) Wahlabsichten bzw. -em-

pfehlungen der AutorInnen sowie deren Aussagen zur Wahlbeteiligung und schließlich die (iv) Interpretationen der Wahlergebnisse.

Auch in diesen Briefen spiegelt sich übrigens die oben beschriebene Vielfalt der LeserInnenbriefe wider,⁴ die teilweise in Form von E-Mails oder als Faxe, als getippte oder handschriftliche Briefe, als Postkarten oder Collagen versandt worden sind. Sie sind teils mit Bildern ergänzt, beispielsweise mit Fotos von Wahlplakaten (20.09.2009)⁵, und verweisen auch auf Internetlinks, die nach Meinung der AutorInnen bessere oder ergänzende Informationen anbieten (20.09.2009). Die inhaltlichen Kontextualisierungen der Briefe sind ebenfalls vielfältig. Neben den oben bereits erwähnten Landtags- und Kommunalwahlen spielt insbesondere der Bundeswehreinsatz bzw. der Krieg in Afghanistan eine wichtige Rolle, der zu der bevorstehenden Bundestagswahl in Bezug gesetzt wird (vgl. Tab. 15). Außerdem wird in diesen Briefen die Mehrebenenpolitik insofern thematisiert, als die Bundestagswahl und die zu dieser Wahl antretenden Parteien mit landes- und kommunalpolitischen Ereignissen und Entwicklungen in Beziehung gesetzt werden, beispielsweise mit der umstrittenen Gemeindegebietsreform in Sachsen-Anhalt (Statistisches Landesamt 2012). Insgesamt ist auffällig, dass in den hier untersuchten LeserInnenbriefen zur Bundestagswahl eine negative Grundhaltung dominiert und viel Kritik geäußert wird, was für die LeserInnenbriefe ansonsten in diesem Ausmaß nicht typisch zu sein scheint (vgl. Tab. 9). Das Thema Wahlen scheint jedenfalls viele Ressentiments zu wecken und entsprechend resigniert und bitter ist der Duktus vieler Briefe.

4.1 Wahlberichterstattung

In der Kritik steht bereits die mediale Berichterstattung über den Wahlkampf (Tab. 11). Die AutorInnen mahnen unter anderem an, dass die Mitteldeutsche Zeitung ihrem Anspruch der Überparteilichkeit und Unabhängigkeit gerecht werden soll. Nach der Veröffentlichung einer ganzseitigen Wahlwerbung wird in einem LeserInnenbrief gar nachgefragt, ob es für die inserierende Partei einen Preisrabatt gegeben habe (26.09.2009). Ansonsten jedoch wird in den Briefen das inhaltliche Niveau der

⁴ Siehe S. 9.

⁵ Aus datenschutzrechtlichen Gründen wurden die Briefe anonymisiert. Die Quellenangaben enthalten insofern lediglich das auf den Briefen angegebene Absenderdatum. Bei Briefen, die kein Absenderdatum aufweisen, wurde das Eingangsdatum verwendet. Um den vorliegenden Text lesbarer zu gestalten, wurden die größten Rechtschreibfehler in den Zitaten entsprechend korrigiert, Wortwahl und Satzbau wurden jedoch nicht verändert. Die Namen aller PolitikerInnen wurden in den Briefen ebenfalls anonymisiert.

Berichterstattung bemängelt, die sich an vermeintlichen Vorlieben der Frauen für bestimmte Politiker oder modischen Äußerlichkeiten aufhalte, statt sich mit Themen zu beschäftigen, „(...) *die den Menschen unter den Nägeln brennen* (...)“ (08.09.2009). Interessant ist darüber hinaus, dass die mediale Berichterstattung für die geringe Wahlbeteiligung mitverantwortlich gemacht wird.

Tab. 11: Kritik an der Berichterstattung

„(...) soll der Artikel ‚Frauen fliegen auf X‘ nun Wahlkampf der CSU sein oder ist er durch das Versenken einer Praktikantin in die MZ und dort noch auf Seite 1 gerutscht?“ (20.08.2009)

„Den Wähler wird wohl kaum Schuhpaare im Wohnraum der X interessieren.“ (22.08.2009)

„Aus Gesprächsrunden im Fernsehen aber auch aus der Presse prasseln Schlagworte auf die Hirne der Menschen. Mit der Verwendung von einzelnen Begriffen und Allgemeinplätzen wird von Problemen, die den Menschen unter den Nägeln brennen, abgelenkt. (...) Es wundert alles in allem nicht, wenn im Nebelschleier einer Politikerläuterung in Phrasen, Nichtwähler zunehmend die größte Wählergruppe im Lande bilden.“ (08.09.2009)

Unter „Leute! Leute“ „(...) veröffentlichten Sie die Meinung des alternden Schlagerbarden Howard Carpendale über unsere in der Welt geschätzte Bundeskanzlerin. (...) Wenn für diesen Herrn das Kleid das Aufregendste an Frau X ist, braucht man über Carpendales Niveau nicht zu streiten. Dass Sie allerdings diese geistlose Äußerung wenige Tage vor der Bundestagswahl kommentarlos drucken, hat mit Ihrem Anspruch, überparteilich und unabhängig zu sein, nichts zu tun!“ (21.09.2009)

„In Ihrem Logo steht ‚überparteilich und unabhängig‘. Davon kann zumindest in Ihrer Ausgabe vom X nicht die Rede sein.“ (21.09.2009)

Quelle: MZ LeserInnenbriefe August bis Oktober 2009.

Nicht nur den Medien, auch verschiedenen anderen politischen Akteuren wird in Wahlkampfzeiten darüber hinaus der Vorwurf gemacht, sich taktisch zu verhalten und in ungebührlicher Weise in das Wahlkampfgeschehen einzugreifen. So wird etwa das Finanzamt beschuldigt, RentnerInnen, die ihre Steuererklärungen nicht fristgerecht eingereicht hatten, erst nach der letzten Wahl ermahnt zu haben. *„Hat das vielleicht Gründe?“* (19.08.2009). Ähnlich argumentiert wird auch in einer Zuschrift, in der der Fall des Waffenlobbyisten Schreiber im Zusammenhang mit der bevorstehenden Wahl kommentiert wird:

„Es ist doch mehr als merkwürdig, dass skandalöse Enthüllungen auf später verschoben werden. Zittern da etwa die Bestochenen und gibt es gar Ängste, was da ans Tageslicht kommt, könnte die Wahlen beeinflussen?“ (05.08.2009).

In einem anderen Leserbrief – es geht hier um den Fall einer S-Bahn-Schlägerei – wendet sich ein Autor hingegen entschieden gegen derartige Vorwürfe:

„Ich unterstütze voll die Forderung der CSU nach härteren Strafen, was meiner Meinung nach nichts mit Wahlkampf zu tun hat. Es geht hier vielmehr um die Sicherheit der Menschen, und die muss zu jeder Zeit ein wichtiges Ziel für alle Parteien sein“ (18.09.2009).

Während der LeserInnenbrief also einerseits dazu dient, die mediale Berichterstattung und das Verhalten anderer politischer Akteure zu kritisieren, wird andererseits auch der Versuch unternommen, dieses Partizipationsinstrument zum politischen Agenda-Setting zu nutzen. Verbunden mit dem Vorwurf, dass die WählerInnen kaum die Möglichkeit hätten, im Wahlkampf ihre Fragen direkt an die KandidatInnen zu adressieren, formuliert ein Autor etwa in seinem Schreiben eine Reihe Fragen zur Steuerpolitik und zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan und bittet darum, Antworten auf seine Fragen von allen KandidatInnen zu bekommen. Dann könnten sich auch die WählerInnen eine eigene Meinung bilden und entsprechend passende KandidatInnen wählen (31.08.2009). Auch in anderen LeserInnenbriefen werden Fragen an die Parteien gerichtet, insbesondere wird nach deren inhaltlichen Positionen und Zielen gefragt, und es werden Stellungnahmen zur weiteren Etablierung direktdemokratischer Partizipationsinstrumente oder zu einer Vereinheitlichung der Gesetzgebung in den Bundesländern sowie konkrete Angaben zur Lösung spezifischer Probleme – etwa der Sicherheit im Straßenverkehr – gefordert (24.08.2009; 08.09.2009; 14.09.2009; vgl. de Nève/Wawro 2010: 341). D. h. WählerInnen nutzen in Wahlkampfzeiten LeserInnenbriefe, um sich in den Wahlkampf einzumischen, Agenda-Setting zu betreiben und die KandidatInnen herauszufordern.

4.2 Wahlkampf

Neben der Kommentierung der medialen Wahlberichterstattung findet in den LeserInnenbriefen eine intensive Auseinandersetzung mit dem Wahlkampf statt. Zunächst sind die Form und die Inhalte der Wahlwerbung wichtig. Darüber hinaus werden auch das Verhalten der PolitikerInnen und das TV-Duell zwischen den beiden SpitzenkandidatInnen beobachtet und kommentiert (vgl. Thiel 2011: 196ff.).

Die LeserbriefschreiberInnen stellen die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit der Wahlwerbung an sich in Frage. Dabei wird behauptet, dass gute PolitikerInnen keine Wahlwerbung bräuchten und auch Meinungsbildung keiner Wahlwerbung bedürfe (Tab. 12). Diese Argumentation findet sich letztlich auch in der Frage eines Autors wieder, der davon ausgeht, dass die BürgerInnen sich unabhängig von dem Wahl-

kampfgeschehen ihr Bild machen können, da im Grunde die gesamte Legislaturperiode Wahlkampf sei: „Wozu muss es überhaupt Wahlkämpfe geben? Sind nicht die Legislaturperioden Wahlkampf genug“ (12.08.2009).

Tab. 12: Form der Wahlwerbung

„Kommen Sie nicht darauf, dass ‚Ihre‘ Bürger auch ohne verbreitete Handzettel von der einen oder anderen Partei eine eigene Meinung bilden können.“ (05.08.2009)

„Einfach toll wie die CDU in der Lage ist, aus zwei alternden Hängebussen Kraft zu saugen, um nach der Wahl Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit zu beseitigen. (...) Die Frage ist nur noch, was wird als nächstes von der CDU den Wählern zur Verdummung zugemutet.“ (12.08.2009)

„Die abgebildeten Wahlplakate der CDU und der Grünen finde ich außerordentlich geschmacklos. Muss man so um Wählerstimmen buhlen? Und dafür bekommen die Parteien dann auch noch ihre Wahlkampfkosten aus unseren Steuermitteln zurückerstattet. Wozu muss es überhaupt Wahlkämpfe geben? Sind nicht die Legislaturperioden Wahlkampf genug. Da spüre und erlebe ich doch als Bürgerin, was die Parteien für ihr Wahlvolk tun. Wenn eine Partei Wahlkampf machen will oder meint es tun zu müssen, dann sollen diese Parteien auch für die Kosten alleine aufkommen.“ (12.08.2009)

„Adel und Kapitalismus passt gut zusammen. Die Gewinner werden es ordentlich mit Spenden und Stimmen belohnen. Die Betroffenen mit der Faust in der Tasche, werden aus Frust zu Hause bleiben und damit den Gewinnern noch Schützenhilfe geben. Man könnte natürlich auch die 60 Mio. Euro Wahlwerbung einsparen und alles so lassen wie es ist.“ (15.08.2009)

„Wir sollten als Wahlvolk doch bezüglich freizügiger Wahlplakate nicht zu pharisäerhaft sein. Ich finde eine gelungene Pointe dreimal besser und überzeugender als alle drögen Wahlparolen und einen schönen Hintern zehnmal reizvoller und in Erinnerung verbleibender als manch bemüht freundliches Gesicht, das auf mich herabschaut. Und jeden Tag wenigstens einmal lachen. Ist sooo gesund und motivierend!“ (25.08.2009)

„(...) wie geht es Ihnen, wenn Sie von den Kandidaten einer Partei -zigfach von den Laternenpfählen herab angegrinst werden? Animiert Sie das, diese Partei zu wählen? – Mich nicht! Mich würde es mehr beeindrucken, wenn eine Partei das Geld für diese sinnlose optische Aufdringlichkeit für etwas Nützliches (kann durchaus Sichtbares sein) verwenden würde, z.B. ein Stadtteil von Graffiti befreien. (...) Also was soll der ganze Plakatmüll?“ (07.09.2009).

„Ein guter Politiker, der auch alte Menschen mit Würde behandelt, ob arm oder reich, volksnah ist, braucht keine Wahlwerbung.“ (20.09.2009)

„Wahlwerbung, die fast erschlägt und viel Geld kostet! Geld, was den Menschen fehlt, die in Dienstleistungsbetrieben arbeiten, für Löhne, die dann im Rentenalter ein schmerzhaftes Nichtswertgefühl vermitteln!“ (20.09.2009)

Quelle: MZ LeserInnenbriefe August bis Oktober 2009.

Ein besonderes Fallbeispiel stellt eine Zuschrift einer Rentnerin dar, mittels derer sie einerseits Orientierung im Wahlkampf sucht und sich an die Wahlkämpfe in der DDR erinnert. Gleichzeitig weist sie in ihrem Schreiben auf die Defizite der etablierten Wahlkampagnen hin, da ihrer Meinung nach ländliche Regionen vernachlässigt werden:

„Wer kann mir helfen, die Wahl zu verstehen? Ich bin 80 Jahre alt, habe in der DDR viele Wahlen mit gemacht und habe erlebt, welcher Aufwand immer betrieben wurde. Aus meinen Erlebnissen muß ich sagen, damals wußte jeder Bürger, wer gewählt werden sollte, unabhängig von der Parteizugehörigkeit. Die Kandidaten mußten sich bei der Bevölkerung vorstellen, mußten die Fragen der Wähler beantworten, sie mußten in die Betriebe zu den Werktätigen, in die Vereine. Es gab viele Einzelgespräche, sie waren den Wählern bekannt. Heute spricht man von Wahlkampf, wo findet dieser denn statt, bei der Bevölkerung nicht. Auf den Dörfern sind keine Wahlveranstaltungen – keine Vorstellungen von Kandidaten. (...) Jetzt neuerdings hängen an den Lichtmasten Bilder von scheinbaren Kandidaten, die keiner kennt“ (05.09.2009).

Viele AutorInnen verweisen auf Probleme mit der Finanzierung der Wahlwerbung. In diesem Zusammenhang werden vor allem drei Aspekte beanstandet: Die (i) Höhe der Kosten für die Wahlwerbung, (ii) die Verwendung von Steuergeldern und (iii) die Verschwendung von Ressourcen, die anderswo dringend(er) benötigt werden (Tab. 12). Außerdem wird in einem LeserInnenbrief vorgeschlagen, dass die Parteien selbst die Kosten für die Wahlwerbung tragen sollten (12.08.2009). Jenseits der Kostenfrage wird in den hier untersuchten LeserInnenbriefen auch das Niveau der Kampagnen, insbesondere jenes der Bilder, kontrovers diskutiert. Anlass hierfür bot 2009 unter anderem ein Wahlplakat der CDU, über das auch die (Boulevard-)Presse berichtete (Bild, 18.08.2009; vgl. Spiegel, 10.08.2009 und Kleine Zeitung, 11.08.2009). Während die Abbildung von „(...) zwei alternden Hängebusen (...)“ einerseits als Zumutung bzw. Geschmacklosigkeit bezeichnet wird, wird andererseits die Freizügigkeit als wohlthuender Kontrast zu den ansonsten „(...) drögen Wahlplakaten (...)“ empfunden und als reizvoll bzw. motivierend erachtet (12.08.2009; 12.08.2009; 25.08.2009).

Doch die AutorInnen halten sich nicht nur mit der zweifelhaften Ästhetik, den Kosten und Bedenken bzgl. der Effektivität der Wahlwerbung auf, sondern setzen sich in ihren Zuschriften auch mit den Inhalten der Wahlkampagnen auseinander. Dabei wird auch Kritik am inhaltlichen Niveau der Kampagnen geübt:

„Wie dumm müssen große Teile eines Volkes eigentlich sein, dass man der plattesten Wahlwerbung seit Bestehen dieser Republik – Reichtum für alle – seine Stimme verschenkt!?“ (02.09.2009).

Ebenso aufgebracht reagieren AutorInnen auf Steuergeschenke, die als Teil der Wahlpropaganda wahrgenommen werden:

„Wenn den Menschen von der Union und Liberalen mehr Netto vom Brutto versprochen wird, aber schon heute klar ist, dass man damit nicht die gestiegenen Kosten im Sozialbereich ausgleichen kann, wittern die Bürger zu Rechte Betrug“ (13.09.2009).

Gleichzeitig wird daran erinnert, dass parteipolitische Forderungen im Wahlkampf heute nicht mit den Politiken dieser Partei von gestern übereinstimmen (18.09.2009; vgl. de Nève/Wawro 2010: 341). *„Vor Wahlen fordern eben sogar unsere Volksvertreter genau das, was sie in der Vergangenheit nicht getan haben“ (20.09.2009).*

Interessant sind darüber hinaus die religiösen Bezüge, die deutlich machen, dass von PolitikerInnen und Parteien, die sich auf Religion und religiöse Werte beziehen, auch explizit erwartet wird, dass sie sich selbst an diesen Werten orientieren (vgl. de Nève/Wawro 2010: 341). Insofern werden in den LeserInnenbriefen *„(...) menschenfeindliche Äußerungen (...)“* kritisiert und die Prinzipien der Bergpredigt in Erinnerung gerufen (Tab. 13).

Tab. 13: Religiöse Bezüge in der Wahlwerbung

„Die CDU wacht 3 Wochen vor der Bundestagswahl auf und möchte mit dem Wahlkampf beginnen. Leider sagen die Christdemokraten nicht, was sie denn eigentlich wollen. (...) Schaut man genauer hin, sieht man eine nicht wählbare CDU, die in den Armen der Kanzlerin schlummert. Nur X versucht mit menschenfeindlichen Äußerungen am rechten Rand zu fischen. Einfach schäbig für sogenannte Christen!“ (08.09.2009)

„Während Herr X auf der einen Seite gegen eine weitere Entkirchlichung und Verwahrlosung der Gesellschaft zu Felde zieht, attackiert die Bundeskanzlerin auf der anderen Seite die Linke und warnt davor, diese zu wählen. Aber wenn gegen Entkirchlichung und Verwahrlosung gekämpft wird, welche Wertigkeit gewinnt dann diese Wahlwarnung, wo doch die Bergpredigt, Sanftmut, Friedfertigkeit, Wahrhaftigkeit und Barmherzigkeit als urchristliche Grundwerte vorgegeben werden welche von Herrn X so vehement eingefordert werden?“ (11.09.2009)

Quelle: MZ LeserInnenbriefe August bis Oktober 2009.

Sachverstand, Authentizität, Mut, Ehrlichkeit, Vertrauenswürdigkeit und gute Umgangsformen sind Erwartungen, die BürgerInnen in ihren Briefen gegenüber PolitikerInnen auch in Wahlkampfzeiten zum Ausdruck bringen (Tab. 14; vgl. de Nève/Wawro 2010: 341). Viele AutorInnen sind offensichtlich vom polarisierenden Wettstreit zwischen den Kontrahenten und dem als herabwürdigend empfundenen Umgang mit dem politischen Gegner angewidert. In verschiedenen LeserInnen-

briefen wird außerdem der Wunsch nach einem direkten Kontakt und Dialog mit den KandidatInnen artikuliert (Tab. 14). Die AutorInnen unterstellen meist, dass sich die PolitikerInnen im Wahlkampf einerseits „(...) *lammfromm* (...)“ geben und heucheln, andererseits der direkten Konfrontation mit den WählerInnen bewusst ausweichen. Insgesamt ist das Bild vom Verhalten der PolitikerInnen, das in den hier untersuchten LeserInnenbriefen beschrieben wird, negativ gezeichnet (de Nève/Wawro 2010: 338). Es wird der Eindruck vermittelt, es handele sich um sich ewig wiederholende Rituale – es „(...) *ist wieder Wahlkampfzeit und wir erleben den Balztanz der Parteien um die Gunst der Wähler*“ (08.09.2009) – die die Geduld der WählerInnen überstrapazieren und derer die BürgerInnen im Grunde längst überdrüssig sind.

Tab. 14: Verhalten der PolitikerInnen

„Man sollte als Politiker den Mund nicht so voll nehmen, denn das Volk fühlt sich mit solchen leeren Versprechen schon vor der Wahl betrogen.“ (13.08.2009)

„Inhaltlich ist es wieder das alte Lied wie bei früheren Wahlen. Da liest man viele nichtssagende Phrasen, auf die wir gerne verzichten können. Problematischer ist mir aber das andere: Die politisch anders Orientierten machen alles falsch! Das hören wir nun seit 20 Jahren. Verbunden ist das oft mit persönlichen Herabwürdigungen des Anderen. Ich kann es allmählich nicht mehr hören bzw. lesen.“ (19.08.2009)

„Schön zu hören, dass sich unsere Wirtschaft nicht mehr im freien Fall befindet. Sie ist wachstumsmäßig nurmehr um 3,5 Prozent geschrumpft. Daraus aber einen ‚Aufschwung‘ zu machen, blieb den Berliner Interpretationskünstlern vorbehalten. Nun merkt auch der Dümme, dass im Wahlkampf alles erlaubt ist.“ (15.08.2009)

„Der Wahlkampf der Politiker! Hier zählt Kompetenz und grundsätzlich Ehrlichkeit. Dann sind auch alle Bürger zum Wählen bereit, aber wie kann man den Politikern noch vertrauen, wenn sie sich alles genehmigen und die eigenen Taschen voll haun!“ (29.08.2009)

„Ich bin auch für eine soziale Marktwirtschaft, aber ich habe den Eindruck: Die zuständigen Politiker wollen den Bären waschen, haben aber nicht den Mut, sein Fell nass zu machen. So bleibt es schwierig, eine richtige Wahlentscheidung zu treffen.“ (31.08.2009)

„Leider stellen sich die Kandidaten der Parteien nicht in öffentlichen Veranstaltungen und Diskussionen den Wählern. Offenbar scheuen die Kandidaten mögliche heikle Fragen. So findet praktisch kein Wahlkampf statt, obwohl es bei der nächsten Bundestagswahl um sehr wichtige Probleme geht.“ (31.08.2009)

„Es ist wieder Wahlkampfzeit und wir erleben den Balztanz der Parteien um die Gunst der Wähler.“ (08.09.2009)

„Dann habe ich Frau X mal wieder – und Vertreter aller großen Parteien – diskutieren sehen. Ich muss vorausschicken, dass ich ein wirklich (!) geduldiger Mensch bin. Aber dieses Gebaren war nicht zu ertragen. (...) Und mittlerweile frage ich mich allen Ernstes: Wie könnte ich mit meiner Wählerstimme diese Menschen guten Gewissens zu Repräsentanten unseres Landes machen? Sie beherrschen doch nicht einmal die Gesprächsgrundlagen!“ (10.09.2009)

„Vor der Wahl zeigen sie sich lammfromm.“ (20.09.2009)

Quelle: MZ LeserInnenbriefe August bis Oktober 2009.

Diese allgemeinen Erwartungen an das Verhalten der PolitikerInnen stehen in einem gewissen Widerspruch zu der Kritik, die andere AutorInnen an dem TV-Duell zwischen Angela Merkel und Frank Walter Steinmeier üben. Merkel und Steinmeier werden als emotionslos und unspektakulär beschrieben und gar als „(...) *Schlafwagen-Politiker* (...)“ beschimpft, die mit ihrem Verhalten die Wahlmüdigkeit der BürgerInnen „(...) *megamultiplizieren* (...)“, was gerade „(...) *bei unentschlossenen Wählern eher Widerwille[n]* (...)“ erzeuge (14.09.2009; 15.09.2009; 16.09.2009).

„Auf dem Bildschirm wurde kein prickelnder Sekt, sondern nur eine müde Apfelschorle geboten. (...) Es fehlen in allen Parteien obamagleiche Persönlichkeiten, die das müde Volk zum Erwachen bringen“ (14.09.2009).

Damit entsprechen die Statements in den LeserInnenbriefen weitestgehend auch der Kritik, die in der medialen Öffentlichkeit artikuliert wurde, dass das Gespräch zwischen Kanzlerin Angela Merkel und Frank Walter Steinmeier „(...) *wenig Duell, viel Duett* (...)“ gewesen sei (Berliner Morgenpost, 13.09.2009). Das „(...) *angebliche Duell* (...)“ (14.09.2009) bzw. „(...) *Pläuschchen* (...)“ sei – so ist den LeserInnenbriefen zu entnehmen – zu einer „(...) *Werbeveranstaltung für eine erneute große Koalition* (...)“ verkommen (14.09.2009; 15.09.2009).

Die Kritik an dem gesamten Wahlkampfgeschehen ist in den LeserInnenbriefen, die im zeitlichen Umfeld vor und nach der Bundestagswahl 2009 geschrieben und an die MZ gesandt wurden, insgesamt herb. Die hier präsentierten Befunde unterscheiden sich in ihrer Eindeutigkeit und Einseitigkeit von den Analyseergebnissen, die zu anderen Themenschwerpunkten erarbeitet wurden (vgl. de Nève/Wawro 2010; de Nève 2013).

4.3 Wahlabsichten bzw. -empfehlungen und Wahlbeteiligung

Das Partizipationsinstrument LeserInnenbrief wird gelegentlich auch genutzt, um die eigene Wahlabsicht kundzutun. In diesem Kontext spielen die eigenen Emotionen, Werte und politischen Überzeugungen natürlich eine zentrale Rolle. Überraschend mag hierbei allerdings sein, dass die Öffentlichkeit dann zwar jeweils bewusst gesucht wird, die AutorInnen es jedoch unterlassen, die Namen der von ihnen präferierten Parteien explizit zu nennen. Deshalb kann in den hier untersuchten Briefen letztlich die Botschaft der AutorInnen nur dechiffrieren, wer weiß, welche der antretenden Parteien eine ablehnende Haltung zu dem Einsatz der Bundeswehr in Afgha-

nistan vertritt (Tab. 15). Insofern setzten die AutorInnen diese politischen (Grund-) Kenntnisse bei anderen LeserInnen offenbar voraus.

Tab. 15: Persönliche Erklärungen zur Wahlabsicht

„Je näher die Wahl kommt, desto größer ist meine Enttäuschung.“ (29.08.2009)

„Ich kann das Gerede von der Demokratie nicht mehr hören. Gäbe es sie in der Realität, müssten die Soldaten umgehend zurück geholt werden, denn ich kenne keinen Menschen aus meinem Bekanntenkreis, der dem Krieg in Afghanistan zustimmt. Ich behaupte, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung diesen Krieg ablehnt. Wann sehen das die führenden Politiker ein? Ich jedenfalls wähle keine Partei, die diesen Krieg gutheißt.“ (10.09.2009)

„Ein Bundeskanzler kann nur der werden der den irrsinnigen Krieg in Afghanistan beendet!“ (17.09.2009)

„Die Parteien und Politiker, die uns vehement auf die Notwendigkeit des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr einschwören, werden am 27.09. zur Bundestageswahl meine Stimme nicht erhalten. Ich hoffe und wünsche, dass zahlreiche Wähler ebenso denken wie ich, und die Partei wählen, die für den unverzüglichen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan eintritt.“ (21.09.2009)

Quelle: MZ LeserInnenbriefe August bis Oktober 2009.

Das Thema Afghanistan spielt übrigens jenseits der persönlichen Absichtserklärungen auch in den Empfehlungen für andere WählerInnen eine Rolle. Die Relevanz und Brisanz dieser Thematik mag einerseits mit dem Parteienwettbewerb zusammenhängen, in dem sich von den etablierten Parteien als einzige Die Linke programmatisch eindeutig gegen den Afghanistaneinsatz positionierte.⁶ Andererseits liegt es sicherlich auch an den konkreten Ereignissen jener Zeit, insbesondere an dem Luftangriff auf Kunduz vom 4. September 2009, über den in allen Medien intensiv berichtet wurde und in dessen Folge auch die Zustimmung für einen schnellen Abzug der Bundeswehr in der deutschen Bevölkerung rapide zunahm (vgl. Infratest dimap 2009: 5; Reuter/Mettelsiefen 2010). Insofern wird in einem LeserInnenbrief in ebendiesem thematischen Kontext empfohlen, bei der Wahl die *richtige* Entscheidung zu fällen (Tab. 16).

In einem LeserInnenbrief, der eine Woche vor der Wahl geschrieben wurde, findet sich in der Menge der kritischen und ablehnenden Stimmen eine einzelne andere Stimme, die zwischen Enthusiasmus und Ironie changiert:

„Ich liebe Wahlen! Nicht, weil sie so spannend sind. Sondern, weil ich durch den Wahlkampf endlich erfahre, was so mancher Regierungspolitiker für mich bisher

⁶ „Die Linke fordert: die Bundeswehr sofort aus Afghanistan abziehen (...)“ (Die Linke 2009: 34).

so alles getan hat, wovon ich aber nichts gespürt habe. Deshalb ist es für mich nicht nur wichtig zu wählen, sondern auch zu wissen, warum“ (21.09.2009).

In anderen Zuschriften lautet die Empfehlung, mit dem Kopf richtig zu entscheiden bzw. neue Köpfe zu wählen, die „(...) *Mut für einen Umbau der Politik* (...)“ haben (23.09.2009).

Tab. 16: Wahlempfehlungen

<p>„Zur Bundestagswahl sollten wir unseren Kopf nutzen und richtig entscheiden!“ (11.08.2009)</p> <p>„Die Kanzlerin Frau X hat in der letzten Regierungserklärung den Tod möglicher Zivilisten bedauert, aber mit keinem Wort die getöteten Taliban bedauert. Frau X, lassen Sie sich sagen – auch die Taliban sind Menschen und Krieg und Gewalt hat noch nie ein Problem gelöst. Da der Einzelne offensichtlich kaum eine Möglichkeit hat, gegen den Krieg zu protestieren, besteht dazu wahrscheinlich nur die Möglichkeit bei der Bundestagswahl am 27/09/09 die richtige Wahl zu treffen.“ (09.09.2009)</p> <p>„Was unser Land braucht, sind neue Köpfe mit Mut für einen Umbau der Politik“ (23.09.2009).</p>

Quelle: MZ LeserInnenbriefe August bis Oktober 2009.

Dem oben erörterten negativen Grundtenor der LeserInnenbriefe zum Wahlkampf folgend, äußern sich die AutorInnen auch entsprechend kritisch und illusionslos zu der Frage der Wahlbeteiligung und zu den NichtwählerInnen. Die geringe Wahlbeteiligung wird bereits Wochen vor der Wahl prognostiziert und u. a. mit dem Verhalten des politischen Establishments, der Entfremdung zwischen PolitikerInnen und BürgerInnen, dem mangelnden Profil der politischen Parteien, der Politik der vergangenen Jahre und ganz allgemein mit *der* Politik erklärt (Tab. 17; vgl. de Nève/Wawro 2010: 343). Vor der Wahl herrsche „(...) *Volks-Lethargie* (...)“ (22.08.2009).

Schließlich war die Wahlbeteiligung in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg dann auch noch nie so niedrig wie bei der Bundestagswahl 2009, als lediglich 70,8 % der Wahlberechtigten bereit waren, ihre Stimme abzugeben. Im Haupteinzugsgebiet der Mitteldeutschen Zeitung lag die Wahlbeteiligung außerdem deutlich unter dem Bundesdurchschnitt – in Sachsen-Anhalt sogar nur bei 60,5 % (Statistisches Bundesamt 2009; vgl. de Nève 2009: 37ff.). In den LeserInnenbriefen wird den NichtwählerInnen Verständnis entgegengebracht und gelegentlich auch der Versuch unternommen, selbst im Namen *der* NichtwählerInnen zu sprechen (Tab. 17). In den LeserInnenbriefen wird insgesamt deutlich, dass erstens die geringe Wahlbeteiligung 2009 als Glaubwürdigkeitskrise und als Demokratieverdrossenheit zu interpretieren sei und es sich zweitens nicht um einen Einzelfall handle. Vielmehr könnten künftig auch in

Deutschland „(...) *italienische Zustände* (...)“ einziehen und die Demokratie drohe zur Farce zu werden (20.10.2009). Die Tatsache, dass der stumme Protest der NichtwählerInnen letztlich einfach übergangen werde, wird als Betrug deklariert. Zugleich wird die geringe Wahlbeteiligung jedoch auch als Ausdruck dafür interpretiert, dass sich die WählerInnen nicht mehr alles gefallen lassen (Tab. 17).

Tab. 17: Wahlbeteiligung und NichtwählerInnen

„Die Volksparteien entlarven sich als das was sie sind: als politisches Establishment mit dem Ziel, die bestehende Ordnung zu erhalten. Und da fragen sich die Politiker ratlos, wo die Wählermüdigkeit der Untertanen herkommt?“ (07.08.2009)

„Das alles ist eine nationale Schande, weil die Parteien ‚anders‘ könnten, wenn sie es wollten!! Aber wären diese Parteien nicht dem deutschen Volk, der deutschen Geschichte verpflichtet?? Also: Warum sollten die Nichtwähler zur Wahl gehen?? Was sollte sich dadurch ändern??“ (22.08.2009)

„Sechs Wochen noch bis zur Wahl, doch es herrscht Volks-Lethargie! Die Parteien sind sich sicher: Ihre Dynastie über das Volks blüht ungefährdet.“ (22.08.2009)

„Die Politik im Allgemeinen und konkrete Entscheidungen der Vergangenheit werden für die niedrige Wahlbeteiligung verantwortlich gemacht. (...) mit dem neuen Gesetz (...) werden Demokratieverdrossenheit und Wahlmüdigkeit erneut einen Schub bekommen.“ (28.08.2009)

„Nun ist sie wieder in aller Munde: Die Wahlverdrossenheit. Nur eine Neuerung gibt es bei dem seit etlichen Jahren kursierenden Thema. Viele Wähler, die zumindest bisher noch den Gang an die Urne antraten, werden sich möglicherweise diesmal ihrer Stimme enthalten, weil die Unterschiede zwischen den großen Parteien immer mehr verschwimmen.“ (10.09.2009)

„Das Dilemma liegt bei den Wählern aus vielen Gründen. Die beiden Hauptdilemmas sind einmal die Glaubwürdigkeit der Parteien und deren Spitzenkandidaten. Ein weiteres Dilemma des heutigen Wählers, der in die Versuchung des Nichtwählens gerät. Weil er weiß, dass durch seine Stimme das eine oder andere Personal (Partei) begünstigt wird, aber er kann nicht zum Ausdruck bringen, dass der politische Betrieb als solcher sich ändern muss.“ (10.09.2009)

„Die Nichtwähler haben Recht: Die da oben machen, was sie wollen. Schöne Aussichten!“ (16.09.2009)

„Wir, die Nichtwähler, lehnen die Schulkleinstaaterei ab! Ebenso das Zweiklassen-Gesundheitswesen. Alle zahlen für eine optimale Versorgung ein! Wir sind gegen jeden Militär-Auslandeinsatz! Also: Welche Partei vertritt uns?“ (28.09.2009)

„18 Mio. Nichtwähler, das sind knapp 30%. Also keine Mehrheit im Volk, Schwarz-Gelb, keine Kanzlerin aller Deutschen. (...) für mich war das und ist es Wahlbetrug. Also fordere ich Neuwahlen.“ (01.10.2009)

„Der Bundesregierung kann man nur wünschen, daß sie eine klügere und erfolgreichere Politik betreibt. 18 Millionen Nichtwähler und 5 Millionen Wähler der Linkspartei sind ein eindeutiges Zeichen, daß die Wähler sich nicht mehr alles gefallen lassen.“ (01.10.2009)

„Die Bürger werden sich weiter von der Politik abwenden. Die Wahlbeteiligungen werden weiter sinken, da der Wähler sich sagt, ob ich mein demokratisches Recht zur Wahl zu gehen nun wahrnehme oder nicht ist im Endeffekt völlig egal. Die politischen Führungen kungeln schlussendlich doch unter sich aus, wie die Parteien der politischen Macht verteilt werden. Setzt sich dies in den Hirnen der Wähler fest, würde unsere Demokratie zur Farce werden und italienische Zustände würden auch in der BRD einziehen.“ (20.10.2009)

4.4 Interpretationen der Wahlergebnisse

In den LeserInnenbriefen werden auch die Ergebnisse des gesamten Wahlprozesses reflektiert. Dabei geht es zunächst um die Interpretation der Ergebnisse, um die Erwartungen, die mit den Wahlergebnissen verbunden werden, sowie um emotionale Reaktionen auf die Resultate. Dabei wird auch im Kontext der Interpretation der Wahlergebnisse die Frustration der AutorInnen, insbesondere in Bezug auf PolitikerInnen und Parteien, deutlich. Darüber hinaus werden in den LeserInnenbriefen nach den Wahlen auch Überlegungen zum Wahlsystem angestellt.

Die Reaktionen auf die Ergebnisse der Wahl sind teils hämisch, teils belehrend. In einem einzelnen Brief nur wird Mitgefühl mit den geschlagenen Kandidaten geäußert, die einem „(...) *fast leid tun* (...)“ könnten (01.10.2009). Ansonsten wird jedoch die Wahl als Debakel bezeichnet und die Entscheidung der WählerInnen als logische Folge einer fehlgeleiteten Politik interpretiert, die etwa als bürger- und arbeiterfeindlich bezeichnet wird (Tab. 18). Auffällig ist außerdem, dass erstens die Verantwortlichen als unbelehrbar und reformunfähig dargestellt werden. Weder suchten noch fänden sie den Weg aus der Sackgasse und seien auch nicht in der Lage, die *message* der WählerInnen richtig zu verstehen. Aus dieser Wahrnehmung werden düstere Szenarien entwickelt, etwa das Verschwinden der SPD als „(...) *Ausdruck eines gesellschaftlich-kulturellen Veränderungsprozesses* (...)“ (02.10.2009). Warnungen richten sich diesbezüglich auch an die Gewinner der Wahl, mit dem Sieg sorgsam umzugehen: „*Denn wenn nur gegen die Bürger regiert wird, muss bei der nächsten Wahl nicht nur die FDP weniger Stimmen erhalten, sondern in größerem Maße auch die CDU*“ (29.09.2009). Zweitens ist der Ton in diesen Zuschriften, die nach den Wahlen versandt wurden, teils recht scharf, wenn PolitikerInnen etwa als Brandstifter und Nutznießer bezeichnet werden. Darüber hinaus finden sich in den Briefen auch Spott und Hohn, der sich gegen die Wahlverlierer richtet. Das Bild von den BürgerInnen wird hierzu konträr gezeichnet: Die BürgerInnen werden in einer schwachen Rolle beschrieben, ihnen würden vom „(...) *hohen Ross* (...)“ Reformen aufgezwungen, sie machten sich Sorgen, seien angesichts der Unfähigkeit der PolitikerInnen ratlos und zahlten als kleine Leute letztlich den Totalschaden (Tab. 18).

Ein weiterer Aspekt stellt bei der Interpretation der Wahlergebnisse das Ost-West-*cleavage* bzw. die DDR-Vergangenheit dar. Dabei wird in einer Zuschrift der Zweistaatlichkeit eine Absage erteilt, während in einer anderen unterstellt wird, dass

die WählerInnen der Linken der Überzeugung seien, „(...) dass die DDR das bessere System war und das alles, was mit der Wende 89 gekommen ist, einer Revision unterzogen werden soll“ (02.10.2009). In diesem Schreiben wird insofern auch Kritik an den Kommentaren zur Wahl geübt, die die Stimmen der Linken als Protestwahl missverstehen.

Tab. 18: Interpretation der Wahlergebnisse

„Kein Wunder, dass die CDU und SPD bei ihrer bürger- und arbeiterfeindlichen Politik nur noch Keller würdig sind, man fragt sich, wann wollen sich SPD und CDU endlich mal reformieren (...)“ (28.09.2009)

„Man fragt sich, hat die SPD noch keine Lehren gezogen aus dem Wahldebakel, da opfert man X, aber Y und der Parteivorstand mit ihrer Hartz IV, Agenda, Praxisgebühr, Rente 67 usw. denken, sitzen weiterhin auf dem hohen Ross und steigen sogar noch auf wie Y, den Bürgern laufend Reformen aufzwingen, aber selber ist die SPD reformunfähig, es fehlt nur noch Z.“ (29.9.2009)

„Gewiss wird kaum jemand die Zweistaatlichkeit zurück haben wollen, aber die gegenwärtige soziale und auch politische Gegenwart von den Hartz-IV-Gesetzen bis hin zu der Beteiligung an den imperialistischen Abenteuern der USA geben genug Anlass zur Besorgnis und es ist nicht zu übersehen, dass zur Zeit nur die Linken diesen Sorgen Ausdruck verleihen und dies hoffentlich auch im Bundestag tun werden. Das erwarten nicht nur ihre Wähler, sondern auch viele der Nichtwähler, die heute schon resignieren.“ (29.09.2009)

„Eines ist mit dieser Wahl besiegelt, die Brandstifter und Nutznießer dieser beispiellosen Wirtschaftskrise sind fein raus, die Party kann weitergehen. Die Chance und Notwendigkeit zu neuen Antworten zu kommen ist verspielt. Stattdessen holt die FDP die ewiggleichen gescheiterten Rezepte aus der Mottenkiste – Wachstum um jeden Preis, Steuersenkung um jeden Preis und Deregulierung ja sowieso, denn Staat ist lästig. Die Sackgasse wird nicht verlassen, im Gegenteil Herr X gibt richtig Gas, aber kein Problem, den Totalschaden bezahlen ja eh die kleinen Leute. Wie praktisch, dass von denen auch immer weniger zur Wahl gehen, nicht wahr Frau Y. Die Ursachen für die Krise sind jetzt also die Antworten auf diese Krise – Bravo Deutschland.“ (29.09.2009)

„Das Wahlergebnis der beiden Volksparteien im Osten Deutschlands fällt erneut konträr zum deutschlandweiten Wahlverhalten auf, wobei das Resultat der SPD aus Furcht vor noch schlechteren Zeiten nicht ehrlich diskutiert wird. Das Ergebnis hat nichts mit einer aktuellen Stimmung oder einer Protesthaltung zu tun, sondern ist Ausdruck eines gesellschaftlich-kulturellen Veränderungsprozesses, an dessen Fortgang das Verschwinden der SPD in vielen Regionen Ostdeutschlands stehen wird. (...) Es führt in die Irre, die Linksparteiwähler immer nur zu Protestwählern zu deklarieren. Diejenigen, die die Linke wählen, haben die klare weltanschauliche Überzeugung, dass die DDR das bessere System war und das alles, was mit der Wende 89 gekommen ist, einer Revision unterzogen werden soll.“ (02.10.2009)

„Hat X keine Lehren gezogen aus dem Wahl-Debakel, solche Politiker wie Y sind der blanke Hemmschuh für eine Partei, die sich aus den Klauen der Z-Politik befreien will.“ (05.10.2009)

„Oh Gott die armen Politiker der SPD nagen am Hungertuch, was sollen da die Mio. Hartz IV Empfänger sagen, die von der SPD seit Jahren mit Peanuts und Schikanen abgespeist werden, nimmt man einigen ihre Privilegien in Form der Kürzung des Etats, kommen diese Mitnahme-Politiker nicht mehr klar, sie können doch ihre fetten Diäten für die Parteikasse spenden, aber für diese Politik der SPD ist jeder Euro zuviel.“ (05.10.2009)

„Nun kommt die Krönung von X, Y sei am Wahldebakel der SPD Schuld. Hat er diesen Unsinn im Kaffeesatz gelesen? Die Ratlosigkeit scheint grenzenlos.“ (16.10.2009)

Quelle: MZ LeserInnenbriefe August bis Oktober 2009.

Jenseits dieser Interpretationen und Problemanalysen finden sich in den LeserInnenbriefen auch Gedanken, die die Partizipationsinstrumente der BürgerInnen sowie das Wahlsystem betreffen. So wird in den LeserInnenbriefen teils implizit, teils explizit eine Erweiterung des Partizipationsrepertoires gefordert. Hierzu gehört etwa die Direktwahl von Bundeskanzler bzw. -kanzlerin; vor allem jedoch werden mehr direktdemokratische Partizipationsrechte eingefordert (25.08.2009; 14.09.2009; 17.09.2009). Darüber hinaus werden in den LeserInnenbriefen Probleme des bestehenden Wahlsystems erörtert, indem beispielsweise Verzerrungen problematisiert werden, die sich aus der Höhe der Wahlbeteiligung ergeben und die das Gewicht der einzelnen WählerInnenstimme betreffen (Tab. 19). Als problematisch erachtet wird außerdem, dass DirektkandidatInnen zugleich auf Listen zur Wahl antreten und auf diese Weise dann evtl. auch ein Mandat gewinnen, obwohl sie in der Direktwahl unterlegen waren. Dies wird offensichtlich als Einschränkung der Wahlentscheidung empfunden.

Tab. 19: Wahlsystem

„(...) das Wahlgesetz der Bundesrepublik muss unbedingt verändert werden. Geschieht dies nicht, befürchte ich in den nächsten Jahren, dass sich der Großteil der Bürgerinnen und Bürger, vor allem in den östlichen Bundesländern, vollends von dieser unserer Republik abwenden wird.“ (29.09.2009).

„Für mich als Wähler ist nur immer eines enttäuschend, dass Direktkandidat/-innen, auch wenn sie nicht ausreichend Stimmen erhalten haben, dennoch in den Bundestag einziehen dürfen.“ (29.09.2009)

„Als CDU-Mitglied und Wahlkampfshelferin (...) fällt es mir schwer zu verstehen, dass eine Abgeordnete mit 17,2% der Stimmen im Bundestag sitzt, und die Abgeordnete mit 32,2% der Stimmen diesen Sitz verliert. Dass wir im Wahlkries X 5% bei den Zweistimmen zugelegt haben, kommt doch nicht von ungefähr. Dieser Fakt wurde nicht honoriert. 2005 5 Mandate und 2009 ebenfalls nur 5 Mandate. Damit hat die Berücksichtigung der Wahlbeteiligung überdimensionierte Auswirkungen auf die Anzahl Bundestagsmandate. Was ist mit unseren Stimmen passiert? Wo wird hier noch der Wählerwille respektiert? Jetzt stelle auch ich mir die Frage – warum soll ich noch wählen, wenn es gar nicht auf die Stimme ankommt – sondern darauf, wie viele Bürger der Wahlurne fernbleiben. Ist jetzt die Anzahl der Nichtwähler entscheidend?“ (29.09.2009)

„Also ich frage mich da schon, welches Gewicht Wählerstimmen überhaupt haben.“ (02.10.2009)

Quelle: MZ LeserInnenbriefe August bis Oktober 2009.

5. Fazit

Die Analyse der LeserInnenbriefe spielte bislang in der Politikwissenschaft lediglich eine marginale Rolle. Die vorliegenden Ergebnisse zeigen indes, dass LeserInnenbriefe als Partizipationsinstrument einerseits und als Quelle der Einstellungs- und Partizipationsforschung andererseits durchaus von Interesse sind.

Die Briefe werden von den AutorInnen als Input-Kommunikationskanal genutzt, um Agenda-Setting zu betreiben und um sich in öffentliche Debatten einzumischen bzw. andere BürgerInnen zu sensibilisieren und zu mobilisieren. Dabei wird der (Gestaltungs-)Wille der BürgerInnen, am politischen System und politischen Prozessen teilzuhaben, offensichtlich. Die AutorInnen melden sich als Betroffene, als ExpertInnen, Profis und BeobachterInnen zu Wort und partizipieren so aus einer individuellen Perspektive an gesellschaftspolitisch relevanten Prozessen. Das Schreiben von LeserInnenbriefen hat zwar eine lange Tradition, entspricht jedoch durchaus auch dem Zeitgeist, denn es handelt sich um ein Partizipationsinstrument, das individuell, kostengünstig und situativ genutzt werden kann.

Der LeserInnenbrief ist außerdem ein Partizipationsinstrument, das von BürgerInnen zur Reflexion über andere Partizipationsformen genutzt wird. Die Analyse hat gezeigt, dass Forderungen nach erweiterten und neuen Partizipationschancen erhoben werden. Zugleich findet in den LeserInnenbriefen eine intensive und insgesamt kritische Auseinandersetzung mit Wahlen statt.

Die in der politikwissenschaftlichen Literatur intensiv diskutierte Politik-, Politike-rInnen- und Parteienverdrossenheit lässt sich auch in diesen Briefen nachweisen. Arzheimer warnt zwar zu Recht vor einer allzu inflationären Verwendung dieser Begriffe (Arzheimer 2002: 297). Letztlich subsummiert er unter dem Terminus der Politikverdrossenheit zwei Lesarten, erstens die „*negative Einstellung der Bürger gegenüber politischen Objekten*“ und zweitens die „*Legitimationskrise der westlichen Demokratie*“ (Arzheimer 2002: 293). Für beide Perspektiven finden sich Belege in der Analyse der LeserInnenbriefe, die insbesondere in der Kritik an der politischen Elite und an politischen Institutionen zum Ausdruck gebracht wird. Dass die Unzufriedenheit mit dem institutionellen Setting der Politik jedoch nicht zwingend mit Desinteresse und der Bereitschaft zur Aktivität einhergehen muss, zeigen die vorliegenden Analyseergebnisse. Denn die AutorInnen befassen sich in ihren Briefen nicht mit apoliti-

schen und/oder randständigen Themen, sondern in erster Linie mit PolitikerInnen, Wahlen und anderen relevanten Fragen der Gegenwart, wie wirtschaftspolitischen Fragen, nationaler Regierungspolitik, den Problemen der Sozialversicherungssystemen und der Rente sowie mit deutscher Außenpolitik. In diesem Sinne bezeichnet Politikverdrossenheit also offenbar vielmehr eine kritische Haltung zu etablierten Strukturen des politischen Systems und deren Institutionen wie Parteien, Regierungen, Parlamenten, sowie PolitikerInnen, und steht nicht für politische Gleichgültigkeit, Desinteresse und Apathie der BürgerInnen.

Die spezifische Qualität des LeserInnenbriefes als Quelle der Einstellungsforschung liegt zunächst in seiner inhaltlichen und zeitlichen Authentizität. Probleme der Umfrageforschung, die sich aus der Fragebogenkonstruktion, der Befragungssituation und dem Antwortverhalten ergeben, spielen bei der Analyse von LeserInnenbriefen keine Rolle. In diesem Sinne ermöglichen solche Analysen Erkenntnisse über die Einstellungen von (aktiven) BürgerInnen, ohne dass diese vorformuliert und abgefragt werden. Dadurch werden letztlich auch Einstellungen und Themen beobachtbar, die mit einer standardisierten Befragung in dieser Form nicht erhoben werden können. LeserInnenbriefe sind freilich aufgrund fehlender sozialstruktureller Daten über die AutorInnen und Probleme der Repräsentativität kein Ersatz für konventionelle Surveys, jedoch durchaus eine effektive Ergänzung. Die Ergebnisse dieser Untersuchung eröffnen weitere vielversprechende Perspektiven für die Partizipationsforschung, die sich wohl intensiver als bisher mit der Vielfalt unterschiedlicher Partizipationsformen befassen und die Interdependenz unterschiedlicher Partizipationsinstrumente mit analysieren muss. Außerdem gilt es, diese und weitere neue Quellen zur Analyse des Partizipationsverhaltens der BürgerInnen und ihrer politischen Präferenzen zu erschließen.

Die Erwartungen der BürgerInnen, die im Kontext der Bundestageswahl 2009 in LeserInnenbriefen an die Mitteldeutsche Zeitung artikuliert wurden, sind sowohl für die politische Praxis als auch die Forschung von Interesse: BürgerInnen erwarten eine niveauvollere und inhaltlich substantiellere politische Auseinandersetzung sowohl im Wahlkampf selbst als auch in der medialen Berichterstattung über Wahlen. Sie wünschen sich – nicht nur in Wahlkampfzeiten – den unmittelbaren Dialog mit PolitikerInnen und einen sparsameren Umgang mit Ressourcen. Und sie fordern als

engagierte, aktiv und betroffene BürgerInnen bzw. erfahrene Profis mehr direkte Mitbestimmungsrechte in der Politik.

5. Quellenverzeichnis

5.1 Literatur

- Arzheimer, Karl (2002): Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Bos, Ellen (1993): Leserbriefe in Tageszeitungen der DDR. Zur „Massenverbundenheit“ der Presse 1949–1989. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Böttcher, Johannes (1961): Der Leserbrief in der Presse der Bundesrepublik Deutschland. Diss. Erlangen-Nürnberg.
- Braun, Hanns (1960): Der Leserbrief im Lichte der zeitungswissenschaftlichen Literatur. In: Publizistik 5, S. 330–340.
- de Nève, Dorothee (2009): NichtwählerInnen – eine Gefahr für die Demokratie? Opladen: Barbara Budrich.
- de Nève, Dorothee (2013): LeserInnenbriefe – BürgerInnen melden sich zu Wort. In: de Nève, Dorothee/Olteanu, Tina: Politische Partizipation jenseits der Konventionen. Opladen: Barbara Budrich, S. 105–126.
- de Nève, Dorothee/Wawro, Fabian (2010): Ratschläge aus erster Hand – Bürger beraten Politiker. Leserbriefe als Instrument der Bürgerberatung. In: Zeitschrift für Politikberatung 3–4, Jg. 3, 2010, S. 331–346.
- Eilert, Hergen (1989): Monatlich zwei- bis dreitausend. Redaktioneller Umgang mit Leserbriefen. In: Medium 19, S. 73–75.
- Heupel, Julia (2007): Der Leserbrief in der deutschen Presse. München: Verlag Reinhard Fischer.
- Kirsch, Manfred/Vockel, Joachim (2007): Kommunalpolitik konkret: Leserbriefe bringen es auf den Punkt. Witten: PapyRossa Verlags GmbH & Co.
- Loreck, Sabine (1982): Leserbrief als Nische öffentlicher Kommunikation. Münster: Lit Verlag.
- Mlitz, Andrea (2008): Dialogorientierter Journalismus. Leserbriefe in der deutschen Presse. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Reuter, Christoph/Mettelsiefen, Marcel (2010): Kunduz, 4. September 2009. Berlin: Rogner & Bernhard.
- Stegemann, Katharina (2001): Kaleidoskop der Meinungen. In: Journalist 4, S. 50–53.
- Steinbrecher, Markus/Huber, Sandra/Rattinger, Hans (2007): Turnout in Germany. Citizen Participation in State, Federal, and European Elections since 1979. Baden-Baden: Nomos.
- Stockinger-Ehrnstorfer, Karin (1980): Der Leserbrief. Salzburg: Landespressebüro (zugl. Diss. Universität Salzburg).
- Stromberger, Peter (1976): Leserbriefe als Feedback? In: Rundfunk und Fernsehen 29, S. 385–393.

Thiel, Johanna (2011): Inszenierte Politik in den Bundestagswahlkämpfen 2005 und 2009. Inszenierungsstrategien von Politikern. Frankfurt am Main: Peter Lang.

Turow, Joseph (1977): Another View of ‚Citizen Feedback‘ to the Mass Media. In: Public Opinion Quarterly 41, S. 534–543.

5.2 Internet, Zeitschriften und Tageszeitungen

Berliner Morgenpost (2009): Merkel und Steinmeier – wenig Duell, viel Duett. Link: <http://www.morgenpost.de/politik/article1169630/Merkel-und-Steinmeier-wenig-Duell-viel-Duett.html>, zuletzt geprüft am 18.09.2009.

Bild (2009): Dekolleté-Debatte: Lengsfeld lässt Busenplakate hängen. Link: <http://www.bild.de/regional/berlin/berlin/packt-ihren-busen-ein-9432068.bild.html>, zuletzt geprüft am 17.11.2012.

Die Linke (2009): Bundestagswahlprogramm der Partei Die Linke. Beschluss des Bundestags-Wahlparteitags 2009 der Partei Die Linke, 20./21. Juni 2009 in Berlin. Link: http://die-linke.de/fileadmin/download/wahlen/pdf/Beschluss_Bundestagswahlprogramm_redTB_revMS_final.pdf, zuletzt geprüft am 17.11.2012.

Die Zeit (1997): Der Platz für Besserwisser. Nr. 16/1997.

Infratest dimap (2009): ARD Deutschlandtrend vom Dezember 2009. Link: http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt0912_bericht.pdf, zuletzt geprüft am 17.11.2012.

IVW (2009): Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V., Mitteldeutsche Zeitung, 3. Quartal 2009. Online verfügbar unter: <http://daten.ivw.eu/index.php?menuid=1&u=&p=&detail=true>, zuletzt geprüft am 19.11.2012.

Kleine Zeitung (2009): Merkels Dekolleté wird Wahlkampfthema, Link: <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/2099330/deutsche-christdemokratin-zeigt-wahlkampf-einblicke-ins-dekollet.story>, zuletzt geprüft am 17.11.2012.

MZ Mediadaten (2011): Media-Analyse – MA 2011 – Leser pro Ausgabe, Mitteldeutsche Zeitung Gesamt Sachsen-Anhalt Süd. Online verfügbar unter: www.mz-web.de/ks/extern/downloads/werbung/preislisten2012/Preisliste23_MZ-Media-Daten.pdf, zuletzt geprüft am 10.03.2012.

Spiegel (2009): CDU-Abgeordnete macht Wahlkampf mit Merkel-Dekolleté, Link: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/plakativ-cdu-abgeordnete-macht-wahlkampf-mit-merkel-dekollete-a-641634.html>, zuletzt geprüft am 17.11.2012.

Statistisches Bundesamt (2009): Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen seit 1949 nach Ländern. Link: http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/downloads/bundestagswahlergebnisse/btw_ab49_wahlbeteiligung.pdf, zuletzt geprüft am 17.11.2012.

Statistisches Landesamt (2012): Gebietsinformationen. Link: <http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/gk/fms/fms1li.html>, zuletzt geprüft am 03.11.2012.

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2012): Strukturkompass. Indikator K019 –
Verfügbares Einkommen privater Haushalte je Einwohner. Online verfügbar
unter: [www.stala.sachsen-
anhalt.de/apps/StrukturKompass/indikator/zeitreihe/54](http://www.stala.sachsen-anhalt.de/apps/StrukturKompass/indikator/zeitreihe/54), zuletzt geprüft am
10.03.2012.

Liste der Polis-Hefte ab 2002

54/2002 Jörg Bogumil

Zum Verhältnis von Politik – und Verwaltungswissenschaft in Deutschland

55/2002 Jörg Bogumil/Lars Holtkamp

Die Bürgerkommune als Zusammenspiel von repräsentativer, direkter und kooperativer Demokratie. Erste Ergebnisse einer explorativen Studie.

56/2002 Maria Behrens

Internationale Technologiepolitik. Politische Gestaltungschancen und -probleme neuer Technologien im internationalen Mehrebenensystem

57/2003 Arthur Benz

Föderalismus und Demokratie. Eine Untersuchung zum Zusammenwirken zweier Verfassungsprinzipien

58/2003 Lars Holtkamp

Parteien in der Kommunalpolitik – Konkordanz -und Konkurrenzdemokratien im Bundesländervergleich

59/2004 Susanne Lütz

Von der Infrastruktur zum Markt? Der deutsche Finanzsektor zwischen Regulierung und Deregulierung

60/2004 Katrin Auel/Arthur Benz

National Parliaments in EU Multilevel Governance – Dilemmas and Strategies of Adaptation

61/2004 Nathalie Behnke

Monitoring public administrators or signalling trustworthiness to the demos? – The two functions of ethics measures

62/2006 Susanne Lütz

Zwischen Pfadabhängigkeit und Wandel – „Governance“ und die Analyse kapitalistischer Institutionenentwicklung

63/2007 Thomas R. Eimer

Zwischen Allmende und Clubgut – Der Einfluss von Free/Open Source Akteuren in der Europäischen Union

64/2007 Lars Holtkamp

Wer hat Schuld an der Verschuldung? Ursachen nationaler und kommunaler Haushaltsdefizite

65/2008 Arthur Benz

German Dogmatism and Canadian Pragmatism? Stability and Constitutional Change in Federal Systems

66/2009 Nathalie Behnke

Towards a new organization of federal States? Lessons from the process of constitutional reform in Germany, Austria and Switzerland

67/2009 Lars Holtkamp

Governance – Konzepte in der Verwaltungswissenschaft. Neue Perspektiven auf alte Probleme von Verwaltungsreformen

68/2010 Annette Elisabeth Töller / Marcus Dittrich

Die Privatisierung des Maßregelvollzugs. Die deutschen Bundesländer im Vergleich

69/2012 Christian Dube

Die Zivilmacht Deutschland und der "bewaffnete Konflikt" in Nordafghanistan